



Verena Farré Capdevila, Ulrike Mandl

# **Europäische Wirtschaftspolitik:** *Die Integrierten Leitlinien 2008-2011*



# Inhalt

Executive Summary	5
1. Einleitung	6
2. „Die Lissabon Strategie ist tot - lang lebe die Lissabon Strategie!“ Die Europäischen Frühjahrsräte von 2000 bis 2006	7
3. Die Umsetzung der Lissabon Strategie in den Mitgliedstaaten	13
4. Die Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten	19
5. Schlussfolgerungen	22
Zu den Autorinnen	25
ANHANG	i
Tabelle 1: Nationale Schwerpunkte in den NRPs 2005-2008	i
Tabelle 2: Empfehlungen der EK an die MS (Fortschrittsbericht, Dezember 2006)	viii
Tabelle 3: Quantitative und qualitative Beschlüsse auf den Europäischen Frühjahrsräten seit 2000	xiv

Die Working Papers werden von MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für Finanzen oder von ExpertInnen, die mit ihnen kooperieren, verfasst. Ziel ist es, Erkenntnisse aus der laufenden Arbeit des Finanzministeriums einer informierten Öffentlichkeit vorzustellen, um die wirtschaftspolitische Diskussion anzuregen und die weitere Arbeit zu bereichern. Die Inhalte stellen nicht notwendigerweise die offizielle Meinung des Bundesministeriums für Finanzen dar, sondern fallen in die Verantwortung der jeweiligen AutorInnen.

Ihre Kommentare und Anfragen richten Sie bitte an:

Dr. Kurt Bayer, Gruppe III/A Internationale Angelegenheiten,  
Europäische Integration und Allgemeine Wirtschaftspolitik

Tel.: +43/1/514 33-0

e-mail: [kurt.bayer@bmf.gv.at](mailto:kurt.bayer@bmf.gv.at)

oder

Dr. Alfred Katterl, Abteilung III/1 Allgemeine Wirtschaftspolitik,

Tel.: +43/1/514 33-0

e-mail: [alfred.katterl@bmf.gv.at](mailto:alfred.katterl@bmf.gv.at)

Kostenlose Bestellungen der Publikationen:

Bundesministerium für Finanzen, Abteilung I/21

Personalentwicklung und Mitarbeiterkommunikation

Hintere Zollamtsstraße 2b, A-1030 Wien

Tel.: +43/1/514 33/501127 (Mo. bis Fr. von 08.00 bis 15.30 Uhr)

Internet: [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at) (Rubrik Publikationen)

# Executive Summary

Im Jahr 2005 wurde die Lissabon-Strategie reformiert, da sie seit ihrer Entstehung (2000) an Ballast zugelegt hatte. Die Reform führte Nationale Reformprogramme ein, einen verstärkten partnerschaftlichen Ansatz und die Integrierten Leitlinien rückten ins Zentrum der Lissabon-Strategie. Doch ist die Lissabon Strategie nun das richtige Instrument, um Europa bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen?

Dieses Papier analysiert die Entwicklung der Lissabon-Strategie und kommt zum Ergebnis, dass die Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung erneut Gefahr läuft, ähnlich wie schon 2005 mit zu vielen Subzielen überfrachtet zu werden, ohne aber in den Mitgliedstaaten den tatsächlich nötigen Reformeifer geweckt zu haben. Die Autorinnen empfehlen die Integrierten Leitlinien unverändert zu lassen, da die Vorschläge für wirtschaftspolitische Maßnahmen nach wie vor zutreffen. Weiters könnte die Europäische Kommission konkretere länderspezifische Empfehlungen aussprechen. Es sollte dazu übergegangen werden, die Wirkungskanäle von Strukturreformen besser aufzuzeigen. Die derzeit guten konjunkturellen Rahmenbedingungen sollten für weitere Reformen und Umsetzung genutzt werden. Dafür bedarf es aber vor allem politischen Willen zur Umsetzung, anstelle neuer Zugeständnisse und Zielvereinbarungen.

# 1. Einleitung

Der Europäische Rat (ER) hat auf seiner Frühjahrstagung am 8./9. März 2007 die Europäische Kommission (EK) ersucht, „mit Blick auf ihren Vorschlag für integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2008-2011) im Herbst 2007 einen Zwischenbericht vorzulegen, damit der nächste Dreijahreszyklus der erneuerten Lissabon-Strategie vorbereitet werden kann.“<sup>1</sup>

Dieses vorliegende Papier zeigt mögliche Handlungsoption für die Revision der Integrierten Leitlinien (IGL) auf, um die EU „zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“<sup>2</sup>. Es erscheint sinnvoll, dass der Europäische Rat im Frühjahr 2008 die bestehenden IGL bestätigt und insofern ihre uneingeschränkte Gültigkeit für die kommenden drei Jahre verlängern sollte.

Das Papier gliedert sich wie folgt: Beginnend mit einer kurzen Skizzierung des Status Quo der Lissabon-Strategie wird anschließend auf die Umsetzung der Lissabon-Strategie in den Mitgliedstaaten (MS) eingegangen. Dabei werden (i) die Schwerpunktsetzungen auf den Europäischen Frühjahrsräten seit 2000, (ii) die Schwerpunktsetzungen in den nationalen Reformprogrammen, (iii) die Empfehlungen bzw. „points-to-watch“ der Europäischen Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom Dezember 2006 sowie (iv) die Integrierten Leitlinien und ihre Widerspiegelung in den NRPs bzw. den EK-Empfehlungen dargestellt bzw. analysiert. Nach einem kurzen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der MS werden Schlussfolgerungen über die IGL 2008 – 2011 bzw. in Bezug auf die Governance gezogen.

---

<sup>1</sup> 7224/07 Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 8./9. März 2007.

<sup>2</sup> Siehe [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm)

## 2. „Die Lissabon Strategie ist tot - lang lebe die Lissabon Strategie!“ Die Europäischen Frühjahrsräte von 2000 bis 2006<sup>3</sup>

Die Lissabon-Strategie entstand in einer Zeit des wirtschaftlichen Booms in Europa. Das Wachstum wurde von einer guten Exportentwicklung und Inlandsnachfrage getragen. Mit Wachstumsraten in den größten europäischen Volkswirtschaften von deutlich über 3% (Frankreich: 3,9%; Vereinigtes Königreich: 3,8%; Italien: 3,6%; Deutschland: 3,2%) lag die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 aber dennoch deutlich hinter jener der USA. Die USA mit ihren über dem europäischen Durchschnitt liegenden (Arbeits-) Produktivitätszuwachsrate wurden deshalb als Benchmark für die künftige wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU herangezogen. Die weltweiten konjunkturellen Rahmenbedingungen waren Grund dafür, optimistisch in die Zukunft zu blicken und sich auf dem Frühjahrsrat 2000 ambitionierte Ziele für die EU zu setzen, um die USA einzuholen. Überdies haben die 90er Jahre gezeigt, dass die Mitgliedstaaten bei entsprechenden quantitativen Zielsetzungen durchaus sportlichen Ehrgeiz entwickeln und politisch schwierige Reformen durchführen, um die auf europäischer Ebene vereinbarte Ziele zu erreichen. In den 90er Jahren waren diese Ziele die Konvergenzkriterien zur Schaffung der gemeinsamen Währungsunion. Im Jahr 1998 erfüllten elf der 15 Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien und die Mitgliedstaaten zeigten politischen Willen zur Einführung der gemeinsamen Währung.

### „Lissabon I“

Somit kann es durchaus als taktisch wohlüberlegter Schritt gesehen werden, dass die **Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000** in Lissabon wieder quantitative Ziele vereinbarten, um Europa „zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Dieses Ziel sollte durch Maßnahmen in den Bereichen Forschung, Innovation, Rahmenbedingungen für Unternehmen, Binnenmarkt, Finanzmärkte, Bildung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Sozialschutz und soziale

Integration erreicht werden. Außerdem sollten die makroökonomischen Eckpunkte diese Maßnahmen unterstützen bzw. fördern. Auch Neuerungen in Bezug auf das Procedere bzw. die Governance wurden beschlossen. Mit der Einführung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK)<sup>4</sup> wurde auf die zunehmende Schwierigkeit reagiert, gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Die OMK sollte eine „kohärentere strategische Leitung und eine effektive Überwachung der Fortschritte gewährleisten“, wobei in diesem Kontext dem Europäischen Rat eine zentrale Rolle zugeschrieben wurde. Die OMK sollte des Weiteren zur Verbreitung von bewährten Verfahren (sog. „best practices“) beitragen, das Voneinanderlernen fördern sowie auch die gegenseitige Prüfung beinhalten. Indikatoren, Ziele und Benchmarks sollten als Mittel für den Vergleich vereinbart werden. Dafür wurde kein neuer Prozess als erforderlich erachtet; die bestehenden vertraglichen Instrumente (d.h. die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ bzw. die „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“) und Prozesse (Cardiff- bzw. Luxemburg-Prozess) sollten genutzt werden. Es wurde überdies festgelegt, dass der Europäische Rat, der „eine herausragende und koordinierende Rolle“ spielen soll, nunmehr jährlich im Frühjahr zu Wirtschafts- und Sozialfragen tagen wird. Auf dem ER in Lissabon wurde die EK bereits ersucht, „anhand zu vereinbarenden struktureller Indikatoren (...) einen jährlichen Synthesebericht über die Fortschritte zu erstellen“. Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip sollte ein dezentraler Ansatz verfolgt werden. Der Beitrag der Sozialpartner und die Mitwirkung zahlreicher Stakeholder zur Zielerreichung wurden hervorgehoben. Als konkretes quantitatives Ziel wurde etwa die Erreichung einer Gesamtbeschäftigungsquote von 70% bis 2010 (für Frauen auf über 60%)<sup>5</sup> in den Schlussfolgerungen festgeschrieben.

<sup>3</sup> Siehe hierzu insbesondere Tabelle 3. „Quantitative und qualitative Beschlüsse auf den Europäischen Frühjahrsräten seit 2000“ im Anhang. Wenn nicht anders angegeben, dann sind die im Folgenden kursiv gekennzeichneten Textstellen Zitate aus den Schlussfolgerungen der jeweils genannten Frühjahrsräte.

<sup>4</sup> Ulrike Mandl, BMF Working Paper 4/2003: European Policy Making: Die OMC als Alternative zur Gemeinschaftsmethode, November 2003.

<sup>5</sup> Auf dem ER 2001 in Stockholm wurden in Bezug auf diese Ziele Zwischenziele bis 2005 vereinbart (i. e. 67% bzw. 57%).

## Der Wunschzettel wurde länger ...

Auf dem **Europäischen Rat in Stockholm** ein Jahr nach Lissabon wurde der Weg dafür geebnet, dass auf dem ER in Göteborg im Juni 2001 die Umweltdimension zu Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialem Zusammenhalt hinzugefügt werden konnte - die „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ wurde geboren. In Stockholm beschlossen die Staats- und Regierungschefs neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielen in den Bereichen „mehr und bessere Arbeitsplätze“, „Beschleunigung der Wirtschaftsreform“, „Modernisierung des Europäischen Sozialmodells“ und „Nutzung neuer Technologien“, dass die durchschnittliche Beschäftigungsquote Alterer bis 2010 auf 50% gesteigert und dass ein Umsetzungsziel von Richtlinien über den Binnenmarkt in nationales Recht von 98,5% erreicht werden soll.

In **Barcelona im März 2002** hielten die Staats- und Regierungschefs in den Schlussfolgerungen fest, dass es zwar wichtige Erfolge gab, aber Fortschritte in einigen Bereichen zu langsam seien, weshalb die Strategie zu vereinfachen und konsolidieren sei, um eine effektivere Umsetzung zu gewährleisten. Überdies hat der Europäische Rat beschlossen, „dass die Zeitpläne für die Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und des jährlichen Beschäftigungspaktes so bald wie möglich zu synchronisieren seien“.<sup>6</sup> Vorrangige Maßnahmen wurden in drei umfassenden Bereichen beschlossen, nämlich aktive Vollbeschäftigungspolitik, wirtschaftliche Verflechtung in Europa und wettbewerbsfähige, wissensbasierte Wirtschaft. Neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen (insbesondere in Bezug auf Integration der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze) wurde u. a. beschlossen, dass das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen bis 2010 auf mindestens 90% für Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schulpflichtalter sowie auf mindestens 33% für Kinder unter 3 Jahren zu erhöhen ist. Das vermutlich in der Öffentlichkeit bekannteste Ziel im Rahmen der Lissabon-Strategie ist wohl die 3%ige F&E Quote. Die Gesamtausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation sind auf 3% des BIP bis 2010 zu erhöhen, wobei zwei Drittel aus der Privatwirtschaft finanziert werden sollten.

Auf dem **ER unter griechischem Vorsitz im März 2003** setzten die Staats- und Regierungschefs zum einen Prioritäten in Bezug auf Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand, zum anderen wurden zur Verwirklichung der Ziele Beschlüsse und Maß-

nahmen für die nächsten 12 Monate in den Bereichen „Wirtschaftsreformen zur Steigerung des Wachstumspotentials in Europa“, „Modernisierung des europäischen Sozialmodells“, „Gewährleistung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung“ festgelegt. Erstmals wirkten die zehn neuen MS bei der OMK und der Lissabon-Strategie mit. Als Ergänzung zur Arbeit des Ecofin-Rates soll die neue Ratsformation „Wettbewerbsfähigkeit“ übergreifende Aufgaben der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum innehaben sowie Querschnittsthemen und sektorbezogene Fragen behandeln. Der ER ersucht in den Schlussfolgerungen die Mitgliedstaaten um schnellere Fortschritte in Bezug auf die Kyoto-Ziele, inkl. der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien bis 2010 auf 12% des Primärenergiebedarfs und auf 22% des Strombedarfs.

Auf dem **Europäischen Rat unter irischer Präsidentschaft im März 2004** standen inhaltlich zwei Themen im Vordergrund: nachhaltiges Wachstum (in Bezug auf makroökonomische Politik, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, sozialen Zusammenhalt und Ökologie) und mehr und bessere Arbeitsplätze. In Bezug auf das Procedere stellte der ER erstmals durchaus kritisch fest, „dass es nunmehr entscheidend darum geht, die bereits eingegangenen Verpflichtungen besser umzusetzen. Um der Glaubwürdigkeit des Prozesses willen muss das Reformtempo auf der Ebene der MS erhöht werden“. Der ER beschloss folglich eine „Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie“, welche auch Möglichkeiten für eine Verbesserung der Methode zum Inhalt haben sollte.

## Straffung der Ziele und des Verfahrens wurden nötig

Die quantitativen Ziele wurden vor allem anhand der Strukturindikatoren gemessen. Der ER von Lissabon beauftragte die Europäische Kommission Indikatoren zu Vergleichszwecken zu entwickeln. Die in Folge ausgearbeiteten (über 100) **Strukturindikatoren**<sup>7</sup> wurden in dem jährlich von der EK vorgelegten Synthesebericht, der die wichtigste Grundlage für die Vorbereitungsarbeiten der Europäischen Frühjahrsräte darstellte, umfangreich und länderweise dargestellt. Was die EK in ihrem Synthesebericht nicht explizit tat, war „Rankings“ vorzunehmen. Dies taten auf Basis der Strukturindikatoren einige Mitgliedstaaten in Eigenregie. Zusätzlich zu den Empfehlungen der EK, die diese

<sup>6</sup> Wie sich im Nachhinein herausstellen sollte, ist diese Synchronisierung im Rahmen der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie nach der Halbzeitbewertung erfolgt.

<sup>7</sup> Siehe Homepage von Eurostat: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1133,47800773,1133\\_47802558&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1133,47800773,1133_47802558&_dad=portal&_schema=PORTAL)



an die einzelnen Mitgliedstaaten richtete, wurden die Strukturindikatoren zum „Naming, Shaming und Blaming“ „missbraucht“, anstatt primär als Hilfsmittel zur Beurteilung der Entwicklung bzw. als Evaluierungstool herangezogen zu werden. Das Voneinanderlernen sowie die Umsetzung von Maßnahmen (bzw. der länderspezifischen Empfehlungen) trat in den Hintergrund; der Wettbewerb über Positionierungen bei den Strukturindikatoren rückte in den Vordergrund<sup>8</sup>.

Gleichzeitig reduzierte sich der politische Wille bzw. die Verantwortung zu Reformschritten, dies auch aufgrund der sich im Vergleich zum Jahr 2000 ungünstigeren Entwicklung der Konjunktur. Zudem standen viele der in den ersten Jahren der Lissabon-Strategie beschlossenen (zusätzlichen) Zielsetzungen in einem (unterschiedlich starkem) Konfliktverhältnis zueinander.

Die Ausführungen über die **Frühjahrsräte bis 2004** lassen deutlich erkennen, dass in jedem Frühjahr anlässlich der Europäischen Frühjahrsräte neue quantitative Zielsetzungen hinzukamen. Dies führte zu zunehmender Intransparenz. Zu viele und zum Teil im Widerspruch zueinander stehende Zielsetzungen, die bereits monierte mangelnde Umsetzung, die fehlende Verantwortung seitens der Mitgliedstaaten und die schwierigeren konjunkturellen Rahmenbedingungen waren der Übersichtlichkeit der Lissabon-Strategie ebenso wenig zuträglich. Überdies wurden stets neue Schwerpunktbereiche für vorrangige Maßnahmen definiert und hinzugefügt („Christmas-Tree-Approach“). Anstatt eine europäische Strategie zu entwerfen, welche für die Bürger greifbar ist, wurde eine komplexe bürokratische „Übung“ geschaffen.

Die „großen“ Politikfelder allerdings blieben über die Jahre im Wesentlichen dieselben, i. e. makroökonomische Stabilität und Nachhaltigkeit in den öffentlichen Finanzen, F&E und Innovation, Binnenmarkt und Wettbewerb, unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen und unternehmerische Kultur, KMU, Finanzmärkte, offene Märkte innerhalb und außerhalb Europas, Infrastrukturen, Nachhaltigkeit und Umweltschutz, mehr und bessere Arbeitsplätze, sozialer und territorialer Zusammenhalt, (Aus- und Weiter-) Bildung. Allesamt Maßnahmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit Europas wieder stärken sollten.

## „Lissabon II“

Fünf Jahre nach der Zielsetzung wurde auf dem **Europäischen Rat 2005 unter luxemburgischer**

**Präsidentschaft** auf Basis der Ergebnisse einer hochrangigen Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Wim Kok eine Zwischenbilanz über die Umsetzung der Lissabon-Strategie gezogen: „Neben nicht zu leugnenden Fortschritten gibt es Schwachstellen und deutliche Rückstände“. Die Governance wurde als zu komplex identifiziert und ein fehlendes „Ownership“ der Mitgliedstaaten attestiert. Nach diesem Urteil wurde die **Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung fokussiert** sowie die zugrunde liegenden Prozesse reformiert.

Die grundlegenden Ziele der Lissabon Strategie blieben jedoch aufrecht. Die Union soll durch diese Fokussierung ihr Wachstumspotential langfristig erhöhen und die Zielsetzungen im Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsbereich erreichen können. Der sogenannte **partnerschaftliche Ansatz** wurde verstärkt, d.h. neben der Partnerschaft zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen und den Mitgliedstaaten soll auch die Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedstaaten (d.h. etwa intensivere Einbeziehung relevanter Stakeholder) gestärkt werden. Das „Naming, Shaming und Blaming“ wurde somit in den Hintergrund gedrängt. Im Unterschied zu bisher sollten die Mitgliedstaaten selbst mehr Verantwortung übernehmen, indem sie entsprechend ihrer nationalen Herausforderungen jeweils spezifische (d.h. „zugeschnittene“) Reformstrategien entwickeln sollten. Es wurde so insbesondere dem Faktum Rechnung getragen, dass die Kompetenz für „Lissabon-Reformen“ (d.h. angebotsseitige Maßnahmen, Strukturreformen) größtenteils bei den Mitgliedstaaten liegt. Bis Herbst 2005 sollten die Mitgliedstaaten demgemäß erstmals sog. **Nationale Reformprogramme für Wachstum und Beschäftigung (NRP)**, die für drei Jahre zu konzipieren sind, vorlegen. Dem partnerschaftlichen Ansatz folgend, soll die EK ebenso ein Programm vorlegen, das sog. Lissabon Gemeinschaftsprogramm (CLP). Diese einheitlichen Programme sollen zur Kohärenz der nationalen Politiken beitragen und den Wildwuchs an verschiedenen (bisher existierenden) Berichtsverpflichtungen der Mitgliedstaaten eindämmen.

Den einenden Rahmen für die Erstellung der NRP sollen die **Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung** bilden, die ebenso - nach breiten Diskussionen und langwierigen Verhandlungen auf Fachministerebene - auf dem ER im März 2005 beschlossen wurden. Ihr Fokus wurde auf Wachstum und Beschäftigung gerichtet. Die IGL stellen im Wesentlichen eine Zusammenführung der bereits existierenden „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ nach EGV Art. 99 und den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ nach EGV Art. 128 dar. Dadurch sollte ein einheitlicher Rahmen für die Lissabon-Strategie

<sup>8</sup> Als Beispiel für solche politische Proklamationen seien Zielsetzungen à la „Mitgliedstaat x soll bis zum nächsten Frühjahrsrat unter die besten drei Mitgliedstaaten kommen“ erwähnt.

gewährleistet und die Kohärenz gestärkt werden<sup>9</sup>. Die IGL können in drei größere Politikbereiche untergliedert werden: In den **makroökonomischen Leitlinien** werden Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen, zur Sicherung der budgetpolitischen Stabilität, zu einer effizienten Ressourcenallokation sowie zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung genannt. Es wird auch das Zusammenspiel von makroökonomischen Rahmenbedingungen, Struktur- und Beschäftigungspolitik betont. Die **mikroökonomischen Leitlinien**, die auf eine Stärkung und Förderung von Wissen und Innovation sowie auf eine Stärkung und Attraktivierung des europäischen Standorts für Arbeitnehmer/innen und Unternehmen abzielen, enthalten Handlungsoptionen in den Bereichen Forschungs- und Innovationspolitik, Wettbewerbspolitik, Infrastruktur-, Unternehmens- und Umweltpolitik, Internationalisierung, Binnenmarkt, öffentliche Beschaffung, Privatisierungen, Finanzmärkte, Energie, bessere Rechtssetzung sowie Bürokratieabbau. Die **beschäftigungspolitischen Leitlinien**, welche die Erreichung von Vollbeschäftigung, die Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sowie die Stärkung des territorialen und sozialen Zusammenhalts anvisieren, führen wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen zielgruppenspezifische Beschäftigungspolitik, Bildungs- und Sozialpolitik sowie überdies in verschiedenen Querschnittsbereichen (z.B. Lohn-, Familien-, Frauenpolitik) an.

---

<sup>9</sup> Einige Bereiche, wie zum Beispiel Nachhaltigkeit, Soziales, Bildung formulieren jedoch zusätzliche detaillierte Leitlinien sowie Ziele und haben ihre eigenen Berichtsprozesse.

## **Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung 2005-2008**

### **Makroökonomische Leitlinien**

- (1) Sicherung wirtschaftlicher Stabilität im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum
- (2) Gewährleistung von wirtschaftlicher und finanzieller Nachhaltigkeit als Grundlage für mehr Arbeitsplätze
- (3) Förderung einer effizienten, auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten Ressourcenallokation
- (4) Gewährleistung eines Beitrags der Lohnentwicklung zur makroökonomischen Stabilität zum Wachstum
- (5) Förderung größerer Kohärenz zwischen makroökonomischer Politik, Strukturpolitik und Beschäftigungspolitik
- (6) Verbesserung von Dynamik und Funktionieren der WWU

### **Mikroökonomische Leitlinien**

- (7) Verstärkte und effizientere Investitionen in F&E, insbesondere im Privatsektor
- (8) Förderung aller Formen der Innovation
- (9) Förderung der Verbreitung und effizienten Nutzung der IKT und Aufbau einer Informationsgesellschaft, an der alle teilhaben
- (10) Stärkung der Wettbewerbsvorteile der industriellen Basis Europas
- (11) Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung und Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum
- (12) Ausbau und Vertiefung des Binnenmarktes
- (13) Offene und wettbewerbsorientierte Gestaltung der Märkte innerhalb und außerhalb Europas und Nutzung der Vorteile der Globalisierung
- (14) Wettbewerbsfreundlichere Gestaltung des Unternehmensumfelds und Förderung von Privatinitiativen durch Verbesserung des Regelwerks
- (15) Förderung der unternehmerischen Kultur und KMU-freundlichere Gestaltung des Wirtschaftsumfelds
- (16) Ausbau, Verbesserung und Vernetzung der europäischen Infrastrukturen sowie Vollendung der prioritären grenzüberschreitenden Projekte

### **Beschäftigungspolitische Leitlinien**

- (17) Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts ausrichten
- (18) Einen lebenszyklusorientierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern
- (19) Integrative Arbeitsmärkte schaffen, die Arbeit attraktiver und für Arbeitssuchende - auch für benachteiligte Menschen - und Nichterwerbstätige lohnend machen
- (20) Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden
- (21) Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verringern
- (22) Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten
- (23) Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren
- (24) Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten

Bei der Erstellung der nationalen Reformprogramme sollen die IGL den Mitgliedstaaten als Rahmen bzw. Richtschnur dienen. Die Mitgliedstaaten benötigen aber aufgrund ihrer Heterogenität unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien. So wird eine Volkswirtschaft im catching-up-Prozess andere Investitionen prioritär ansehen, als ein Land an der globalen technologischen Grenze. Die IGL mussten deshalb den **Spagat zwischen hinreichend detailliert** (damit die Mitgliedstaaten konkrete Reformmaßnahmen auch tatsächlich ableiten können) **und ausreichend allgemein** (damit für jeden Mitgliedstaat entsprechend seiner spezifischen Herausforderungen überhaupt eine adäquate Reformmaßnahme ableitbar ist) schaffen. Konsequenterweise sind die IGL letztlich - trotz ihrer Fokussierung auf Wachstum und Beschäftigung - entsprechend breit und horizontal angelegt. Sie schließen auch umwelt-, sozial- und bildungspolitische Handlungsoptionen ein. Die IGL geben den Mitgliedstaaten den nötigen Spielraum zur Erstellung nationaler Reformstrategien. Die fehlende Detailliertheit der IGLs erhöht im Gegenzug die Flexibilität der Mitgliedstaaten, d.h. den Mitgliedstaaten werden nicht punktgenaue Anweisungen vorgegeben, sondern ein wirtschaftspolitischer Rahmen wird bereitgestellt.

In den Schlussfolgerungen des ER 2005 ist überdies noch festgelegt, dass die Mitgliedstaaten zur Stärkung des Verantwortungsgefühls (und letztlich zur Verbesserung der Umsetzung) **nationale Lissabon-Koordinatoren** (sog. „Mr./Mrs. Lissabon“) ernennen sollen. Die Aufgaben dieser Koordinatoren reichen von der Erstellung der NRP über die Informationspflicht an eine breite Öffentlichkeit bis hin zum Dialog auf europäischer und nationaler Ebene mit dem Parlament sowie allen relevanten Stakeholdern (d.h. Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen, Zivilgesellschaft, Experten etc.).

In Bezug auf das Prozedere beschließt der ER, dass die bestehenden multilateralen Überwachungsverfahren weiterhin gelten. Im Rahmen des neuen Drei-Jahreszyklus soll im „Jahr 1.“ das NRP erstellt werden; in den beiden Folgejahren sind keine neuen Programme, sondern Umsetzungsberichte vorzulegen, welche die Fortschritte in den einzelnen Bereichen umfangreich dokumentieren sollen<sup>10</sup>. Ausgangspunkt dieses Prozedere ist ein „Strategiebericht“ der EK, welcher am Ende des ersten Drei-Jahreszyklus bzw. zu Beginn des zweiten erneuert werden soll.

Auf dem **Europäischen Rat unter österreichischer Präsidentschaft im März 2006** wurden vier spezifische Bereiche für vorrangige Maßnahmen beschlossen, die bei der Erstellung der Umsetzungsberichte der Mit-

gliedstaaten bis Herbst 2006 besonders zu berücksichtigen waren: mehr Investitionen in Wissen und Innovation, Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbes. von kleinen und mittleren Unternehmen, Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für prioritäre Bevölkerungsgruppen sowie Festlegung einer Energiepolitik für Europa. Für die Energiepolitik wurden drei Hauptziele beschlossen: Erhöhung der Versorgungssicherheit, Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung der Umweltverträglichkeit. In Bezug auf das Prozedere wurde festgehalten, dass konkrete Zielvorgaben und Zeitpläne ein nützliches Instrument seien, um die Durchführung der geplanten Reformen zu beschleunigen. Die EK wurde ersucht, in ihrem Fortschrittsbericht im Dezember 2006 zusätzliche Maßnahmen, die erforderlich sein könnten, vorzuschlagen. Als Erweiterung des Barcelona-3%-F&E-Zieles bekannten sich auf dem ER 2006 sämtliche Mitgliedstaaten erstmals zu nationalen Zielen in Bezug auf die F&E-Ausgaben. Weiters wurden einige quantitative Ziele beschlossen, wie etwa Schaffung von jährlich 2 Mio. Arbeitsplätzen bis 2010 sowie Reduzierung der Unternehmensgründungsdauer auf maximal 1 Woche.

Eine Durchsicht der Schlussfolgerungen der Europäischen Räte seit 2005 (siehe Anhang) deutet allerdings bereits wieder darauf hin, dass zum zweiten Mal die gleichen Fehler begangen werden könnten. Die neue Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist zunehmend mit zu vielen Einzel- und Subzielen überfrachtet.

<sup>10</sup> Zumal die Programme allerdings den nationalen Politikzyklen Rechnung tragen sollen, können sie bei Veränderung der Lage überarbeitet werden.

### 3. Die Umsetzung der Lissabon Strategie in den Mitgliedstaaten

In den ersten nationalen Reformprogrammen, die von den Mitgliedstaaten im Oktober 2005 an die EK zu übermitteln waren, wurden nationale Herausforderungen identifiziert, Handlungsmaßnahmen aufgezeigt und nationale Prioritätensetzungen präsentiert. Diese sind in Tabelle 1 im Anhang umfassend dargestellt.

#### Identifizierte Schwerpunkte durch die Mitgliedstaaten in den NRPs

Die Analyse der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten zeigt<sup>11</sup>, dass die Bereiche Forschung und Entwicklung, die Schaffung eines attraktiven Unternehmensumfeldes sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und bildungspolitische Maßnahmen jene Bereiche sind, welche am häufigsten von den Mitgliedstaaten als nationale Schwerpunkte im **Mikro- bzw. Beschäftigungskontext** genannt werden. Die **makroökonomischen Schwerpunkte** der Mitgliedstaaten werden durch die jeweiligen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorgegeben und fokussieren meist auf die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sowie auf die Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes. Dies sind gleichzeitig auch jene Maßnahmenfelder, in denen die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom Dezember 2006 die meisten ihrer Empfehlungen bzw. „point-to-watch“ an die Mitgliedstaaten ausgesprochen hat<sup>12</sup>. Einige wenige Mitgliedstaaten reihen umweltfreundliche Produktion und Energieeffizienz in die Liste ihrer nationalen Schwerpunkte ein. Eine Stärkung der Nachhaltigkeit im Umweltbereich generell weisen deutlich mehr Mitgliedstaaten in ihrer Prioritätenliste aus.

Zu den NRPs allgemein seien noch folgende Anmerkungen gemacht<sup>13</sup>: Die einzelnen NRPs unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit (d.h. Setzen von Zielen, inkl. Zeitpläne und Zuständigkeiten), ihres Umfangs und ihrer Gestaltung zum Teil erheblich. Vielfach werden in den NRPs Maßnahmen angeführt, die ohnedies bereits geplant bzw. schon umgesetzt waren. Nur selten werden neue Maßnahmen dargestellt. Die skizzierten Maßnahmen sind bzw. werden in unterschiedlichster Weise mit nationalen Prozessen (z.B.

Budgeterstellung) verknüpft. Vielfach werden die IGLs nicht als Rahmen für die Erstellung der NRPs herangezogen, sondern die Verbindung zwischen den nationalen Maßnahmen und den IGLs wird im Nachhinein erst hergestellt (z.B. durch Querverweise oder durch tabellarische Übersichten). Wenige MS erwähnen die IGLs in ihren NRPs gar nicht. Andere MS wiederum strukturieren ihren NRP gemäß der IGL. Die budgetären Kosten der einzelnen Maßnahmen sind in den wenigsten NRPs erwähnt. Einige MS nehmen Bezug auf die länderspezifischen Empfehlungen der EK gemäß der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ bzw. den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“. Die Einbindung der Stakeholder variiert in den MS. Insgesamt ist festzuhalten, dass nur wenige NRPs tatsächlich strategischer Natur sind und wirklich neue Maßnahmen enthalten. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Erstellung der NRPs eher dem Verfassen eines Berichtes gleichkommt, als tatsächlich der Konzeptionierung eines wirtschaftspolitischen Programms.

#### Führen die IGL zum Ziel – mehr Wachstum und mehr Beschäftigung?

Es ist eine Sache, Reformprioritäten zu definieren, es ist eine andere, diese tatsächlich zu implementieren, vor allem wenn es die Durchführung von politisch heiklen Reformmaßnahmen (wie z.B. Reformen des Pensions- oder Gesundheitssystems) betrifft.

Ein tief greifendes Problem bei der Umsetzung der Reformmaßnahmen stellen, selbst nach der Revision der Lissabon- Strategie, die (kurzfristigen) Zielkonflikte dar. Die Transformation der europäischen Volkswirtschaften zu einem wissensbasierten, dynamischen Wirtschaftsraum mit hohem Beschäftigungsniveau ist nicht ohne „Kosten“ zu erreichen. Das gewünschte Wachstum geht zu Lasten der Umwelt, da z.B. eine gute Inlandsnachfrage, den LKW-Verkehr erhöht und somit zu höheren Schadstoffausstößen führt. Oder selbst das fokussierte Ziel „mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist Konflikten ausgesetzt, so kann z.B. ein Unterneh-

<sup>11</sup> Siehe Tabelle 1 „Nationale Schwerpunkte in den NRPs 2005-2008“ im Anhang.

<sup>12</sup> Siehe hierzu insbesondere Tabelle 2. im Anhang bzw. Kapitel 4. unten.

<sup>13</sup> Siehe Tabelle 1 im Anhang.

men um seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, seine Beschäftigungszahl verringern.

Ein weiteres Problem ist, dass dieses „Lissabon-Überziel“ nach wie vor mit unzähligen quantitativen Zielen bestückt ist und dadurch der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum eingeschränkt werden kann. Als Beispiel kann die „Wissenbasierte“ genannt werden. Als quantitatives Ziel wird allzu gern die Forschungsquote von 3% als „Alles oder Nichts“-Regel herangezogen. Die tatsächlichen Wirkungskanäle werden dabei völlig außer Acht gelassen. So wäre es für die meisten EU-Mitgliedstaaten nötig, die Ursachen des Marktversagens im eigenen Land zu analysieren. Dadurch könnten die Ansätze für eine bessere Innovationsperformance in den rigiden Produktmärkten, den nicht funktionierenden Finanzmärkten sowie den fehlenden Auslandsinvestitionen zu finden sein. Gerade in diesem Bereich wäre auch die europäische Ebene mit der Einführung eines einheitlichen Patentregelwerks für Wissen („Intellectual property rights“) gefordert.

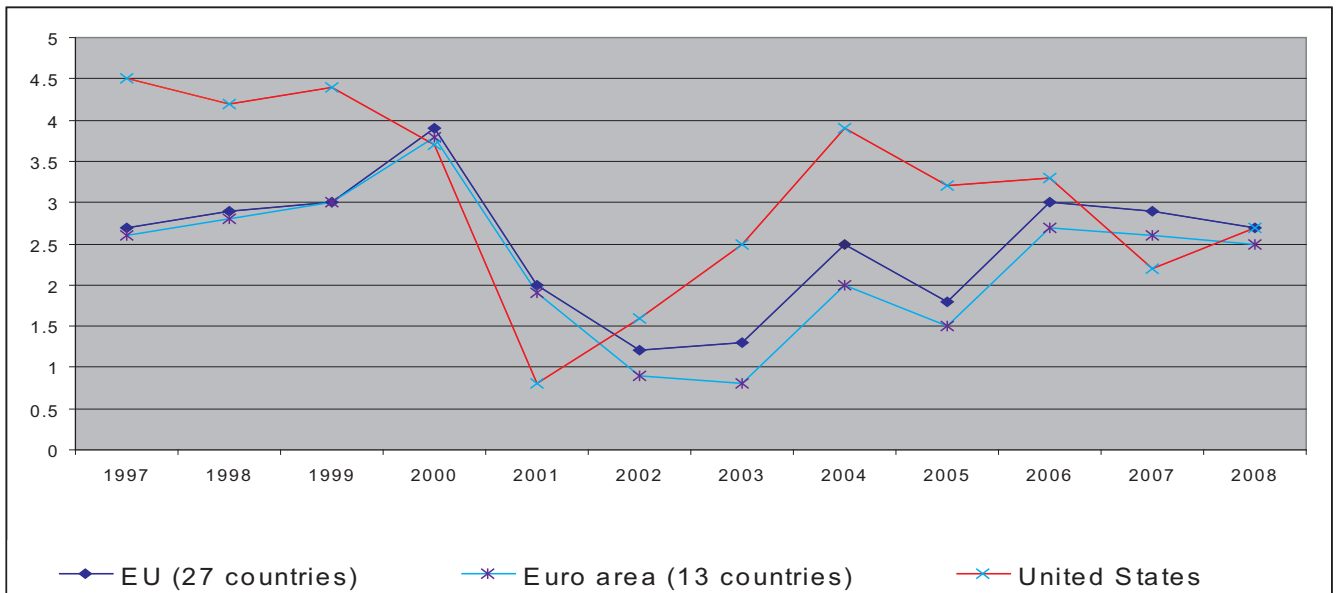
Diese Probleme dürfen aber nicht davon hinwegtäuschen, dass in Europa erheblicher Reformbedarf besteht. Die Integrierten Leitlinien setzen an den richtigen Steuerungsinstrumenten an, um Europa zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu verhelfen. Die Zielkonflikte bzw. Interessenskonflikte wären schlechte Ausreden, grundsätzlich von nötigen Reformen Abstand zu halten.

## Wirtschaftliche Entwicklung

Das vergangene Jahr (2006) war ein sehr positives Jahr für die wirtschaftliche Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten. Die Wachstumsraten beschleunigten sich und das Beschäftigungswachstum stieg stark an. Die strukturelle Arbeitslosigkeit scheint zu sinken, jedoch befindet sich noch immer im Durchschnitt bei 7,5%. Zeigen die Lissabon-Reformen somit Wirkung?

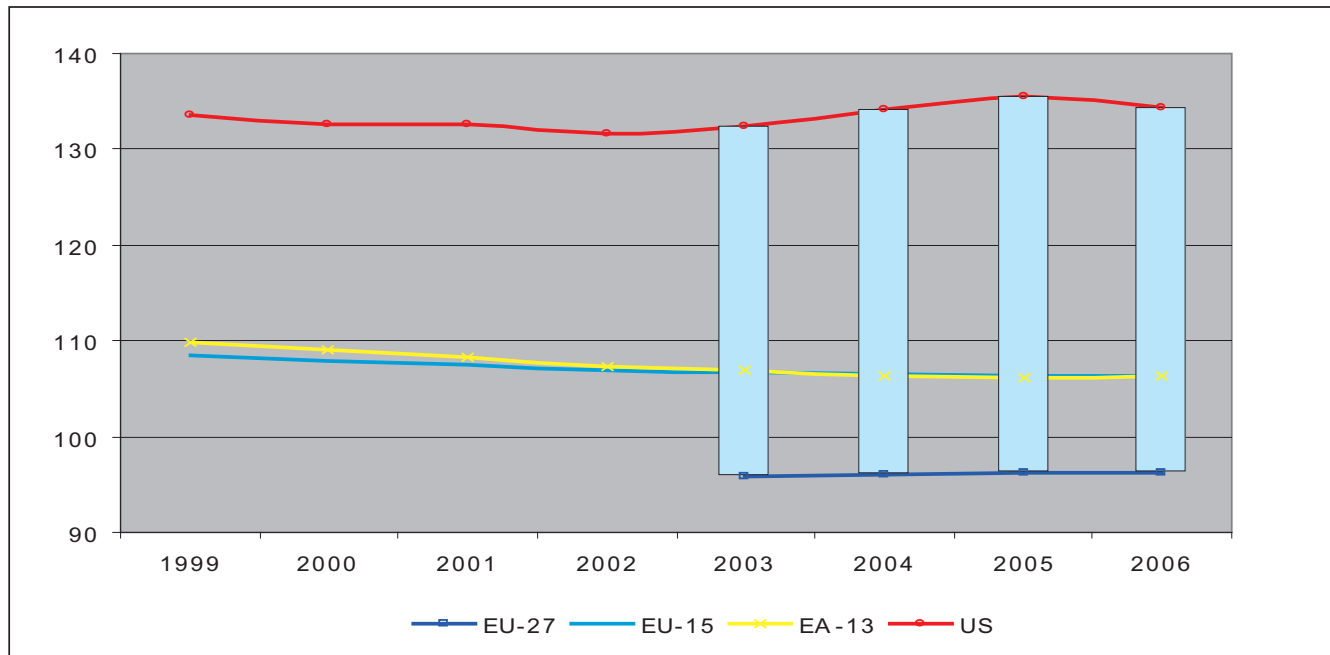
Der Vergleich der BIP-Wachstumsraten zwischen USA und EU-27 bzw. der Eurozone zeigen (siehe Abb. 1), dass sich die USA nach 2000/2001 wesentlich schneller erholen haben. D.h. die EU-Mitgliedstaaten hatten noch mit verschiedensten Rigiditäten zu kämpfen. Für 2007 wird jedoch erstmals ein höheres Wachstum für Europa erwartet (EU-27: 2,9%, USA: 2,2%).

Abbildung 1: Entwicklung des realen BIP Wachstum in den USA und EU Staaten



Quelle: Eurostat; Anmerkung: 2007 und 2008 Prognose.

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigte (Index EU-25=100)



Quelle: Eurostat

Die Arbeitsproduktivität (in BIP pro Beschäftigte) zeigt nach wie vor eine große Diskrepanz zwischen der EU und den USA. Die Arbeitsproduktivität ist in den USA um rund ein Drittel höher als in Europa (Siehe Abb. 2). Der Unterschied geht vor allem auf die Beschäftigungsmuster zurück, in Europa wird weniger (lange) gearbeitet. Seit 2005 ist jedoch eine stetige Zunahme der Arbeitsproduktivität in den EU Mitgliedstaaten zu verzeichnen, für 2007 wird erstmals ein höherer Anstieg der Arbeitsproduktivität erwartet (+1,5% vs. +0,9%). Die derzeitige konjunkturelle Lage darf aber nicht über strukturelle Defizite hinweg täuschen, sondern sollte den nötigen Spielraum für einen weiteren Reformschub geben. Vor allem die Produktivität in einzelnen Sektoren (z.B. Dienstleistungssektor) ist in einigen EU-Staaten sehr gering. Lagen die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität in Dienstleistungen zwischen 1995 – 2004 bei rund 3,21% in den USA, konnte die EU-15 nur auf 0,87% verweisen (AT 0,49%). Alarmierend ist, dass in der Periode 85-94 die EU-15 Staaten noch eine bessere Performance als die USA aufweisen konnten<sup>14</sup>. Das lässt unter anderem darauf schließen, dass der technologische Wandel im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechnologie in Europa nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Ein möglicher Grund ist weiters die Integration der Gering-Qualifizierten in den Arbeitsmarkt (eine Forderung der Lissabon-Strategie). Dieser Faktor

sollte aufgrund von jüngst verabschiedeten Qualifizierungsmaßnahmen an Bedeutung verlieren. Langfristig sollten Beschäftigungswachstum und Produktivitätswachstum möglich sein; das gelang in den letzten Jahren jedoch nur der irischen Volkswirtschaft.

Tatsache ist, dass Europa nach wie vor mit erheblichen Strukturschwächen zu kämpfen hat und daher die derzeitige konjunkturelle Lage für Strukturreformen nützen sollte. Grundsätzlich ist es noch zu früh, um die Auswirkungen der Lissabon-Strukturreformen zu analysieren; im Folgenden sind aber wesentliche Reformfortschritte der vergangenen Jahre dargestellt.

## Reformmaßnahmen in den Mitgliedstaaten

Seit der Einführung der Lissabon Strategie wurden in den Mitgliedstaaten zahlreiche Reformen in den verschiedensten Bereichen durchgeführt. Einerseits wurden neue Schritte unter Berufung auf die Lissabon Ziele gesetzt, andererseits wurden Maßnahmen, welche bereits in den 90er Jahren begonnen haben, verstärkt bzw. weitergeführt, wie z.B. Privatisierungen und Liberalisierungen.

<sup>14</sup> Datenquelle: EUKLEMS, Bureau Federal du Plan (Belgien)

### *Arbeitsmarktreformen*

Nahezu alle Mitgliedstaaten haben Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgeführt und zum Beispiel die Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherungssysteme reformiert. Es kam in einigen Ländern zu einer Liberalisierung der Arbeitsschutzbestimmungen und unter dem Schlagwort „make work pay“ wurden Steuersysteme durchforstet, um bessere Anreize zu schaffen, um wieder in den Arbeitsprozess einzusteigen (z.B. Erleichterungen des Wiedereinstiegs von Frauen). Im Rahmen von umfangreichen Pensionsreformen wurden Maßnahmen gesetzt, um die Erwerbstätigkeit Älterer zu erhöhen. In Folge hat sich das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 59,9 Jahren (2001) auf knapp 61 Jahre (2005) in den EU-25 erhöht. Zu berücksichtigen ist, dass Reformen in diesem Bereich meist mit Übergangsregelungen ausgestattet wurden und daher die Auswirkungen der Reformen mit Verzögerungen einsetzen, wie z.B. die Übergangsfristen der österreichischen Pensionsreform.

Abbildung 3 zeigt, dass die Erwerbstätigkeit seit 1999 in den meisten Ländern angestiegen ist. Jedoch das anvisierte Ziel von 70% Erwerbstätige des Arbeitskräftepotentials ist für viele noch unerreicht. Auch das Lissabon Ziel von 50% Erwerbstätigkeit der Altersgruppe 55-64 Jahre erreichen die wenigsten Länder, wengleich die Erwerbstätigkeit Älterer im Vergleich

zu 1999 wesentlich angestiegen ist (Siehe Abb. 4). Diese positive Entwicklung der Beschäftigung muss aber auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die derzeitige konjunkturelle Lage, strukturelle Schwächen am Arbeitsmarkt überdecken kann.

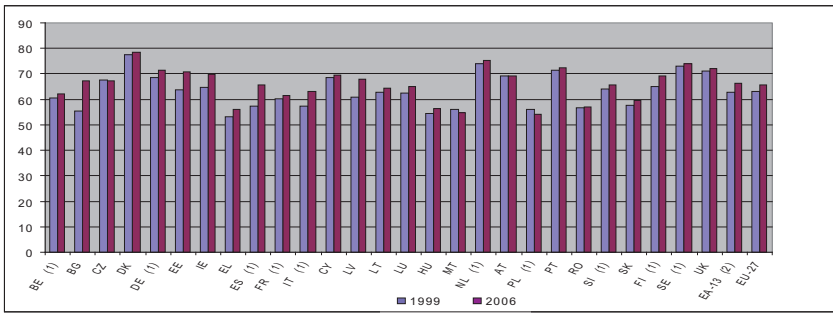
### *Produktmarktreformen*

In den Produktmärkten hat die voranschreitende Globalisierung ihre Spuren hinterlassen. Bereits „vor Lissabon“ setzten die Mitgliedstaaten entscheidende Maßnahmen<sup>15</sup>. In den 90er Jahren hat dies vor allem zu Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen geführt. Durch die Lissabon-Strategie wurde der Wandel zu einer wissensbasierten Wirtschaft angestrebt. Die neuen Schwerpunkte wurden Investitionen in Humankapital und Forschung und Entwicklung. Damit einhergehen muss ein gesundes Wettbewerbsklima mit gezielten Interventionen des Staates. In einigen Mitgliedstaaten führte es dazu, dass nationale Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden geschaffen bzw. gestärkt wurden. Mitgliedstaaten verfolgten weiters unterschiedliche Strategien, um als Unternehmensstandort attraktiv zu werden oder zu bleiben, wie zum Beispiel die Einführung der Gruppenbesteuerung in Österreich oder die Senkung der Unternehmenssteuern in einigen Mitgliedstaaten.

<sup>15</sup> Auf europäischer Ebene wurden diese strukturpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Cardiff-Prozesses präsentiert.

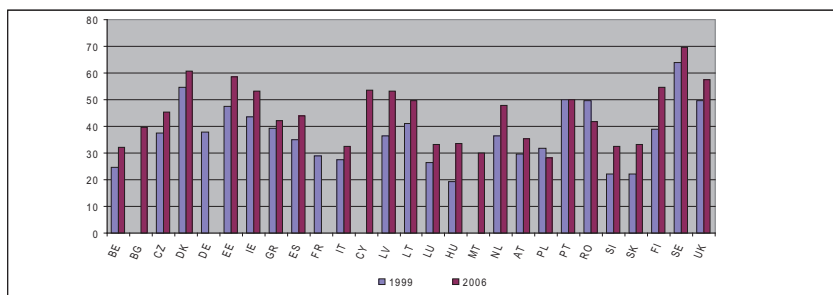


Abbildung 3: Erwerbstätige in % der 15-65 Jährigen



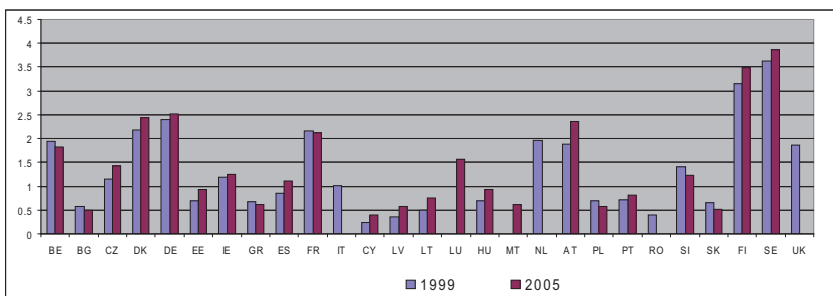
Bemerkung: (1) Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept; (2) Länder der Eurozone  
Quelle: Eurostat

Abbildung 4: Erwerbstätigkeit der 55-64 Jährigen



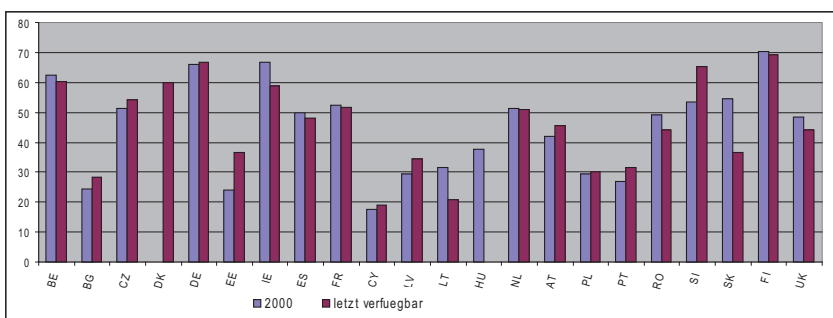
Quelle: Eurostat

Abbildung 5: F&E Ausgaben in % des BIP (GERD)



Quelle: Eurostat

Abbildung 6: Forschungsausgaben der Unternehmen (in % der Gesamtforschungsausgaben)



Quelle: Eurostat

Die Lissabon-Strategie setzt einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Innovationskapazität. Viele Mitgliedstaaten haben ihre Schwerpunkte auf F&E und Innovation. Doch den Mitgliedstaaten ist es noch nicht gelungen, diese Innovationskapazität tatsächlich zu entfachen. Die Innovationsperformance, gemessen an Patentanmeldungen/ Mio. Bevölkerung ist, außer in Finnland und Schweden, deutlich hinter den USA. Die Betrachtung der Forschungsausgaben ändert das Bild nicht wesentlich. Mitgliedstaaten setzten auf gezielte Forschungsförderungen (Steuervergünstigungen, Forschungsprogramme, etc.). In der Folge stiegen zwar in den meisten Ländern die Forschungsausgaben an (Abb. 5). Aber gerade auch dieser Bereich zeigt die Heterogenität der Mitgliedstaaten auf. Während Finnland und Schweden Forschungsausgaben jenseits der 3% des BIP aufweisen, werden in den neuen Mitgliedstaaten im Durchschnitt zwischen 0,5-1% des BIP in Forschung investiert.

Nachdem die Lissabon-Strategie die Bedeutung der privaten Forschungsausgaben hervorhebt, wurden in einigen Mitgliedstaaten gezielte Steueranreize gesetzt

(Steuerfreibeträge, Prämien) um mehr private Forschungsausgaben zu stimulieren. Jedoch Abbildung 6 zeigt, dass diese Maßnahmen nur in einigen Ländern zu einem relativen Anstieg der Forschungsausgaben durch Unternehmen führten. Dies lässt vermuten, dass Unternehmen diese staatlichen Förderungen für Forschungsvorhaben abgeschöpft haben, welche aber ohnehin durchgeführt worden wären. Beziehungsweise liegt die Vermutung nahe, dass ein crowding-out-Prozess stattfand, indem der öffentliche Bereich Forschungstätigkeiten übernommen hat. Dieser Umstand verstärkt die Notwendigkeit, die Effektivität verschiedener staatlicher Aktivitäten und Interventionen zu überprüfen.

Die Lissabon-Strategie hat durchaus zu zahlreichen Reformfortschritten geführt; jedoch in den einzelnen Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Intensität und Umsetzungshorizonten. Zu viele quantitative, oft ökonomisch nicht nachvollziehbare, Ziele wurden gesetzt. Schlussendlich haben die Mitgliedstaaten den nötigen Reformwillen, vor allen in den Arbeits- und Produktmärkten, nicht aufgebracht.

## 4. Die Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten

Basierend auf einer Analyse der nationalen Umsetzungsberichte zu den nationalen Reformprogrammen gab die EK in ihrem Fortschrittsbericht (Dezember 2006) länderspezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten ab<sup>16</sup>. Überdies weist die EK auf sog. „points-to-watch“, d.h. Schlüsselbereiche, in denen im Folgejahr die Fortschritte eingehend überwacht werden sollen, hin.

Die Analyse der länderspezifischen Empfehlungen ergibt, dass sechs Mitgliedstaaten aufgrund ihrer „sehr guten Fortschritte“ keine länderspezifischen Empfehlungen bekommen haben. In zwölf Mitgliedstaaten

werden die Fortschritte als „gut“ bezeichnet, d.h. zwischen einer und drei länderspezifischen Empfehlungen wurden ausgesprochen. Vier Mitgliedstaaten machen nur „begrenzt Fortschritte“, weshalb in einigen Fällen auch drei und mehr länderspezifische Empfehlungen an die MS (siehe Tab. 1) ergingen.

**Tabelle 1: Überblick über die Anzahl der Empfehlungen an Mitgliedstaaten**

Anzahl der Empfehlungen an MS	Anzahl der MS, die x Empfehlungen bekommen haben	Verbale Beurteilung durch die EK	Anzahl der MS, die mit „...“ von der EK beurteilt wurden
0	6	„sehr gute Fortschritte“	6
1	3	„gute Fortschritte“	12
2	5	„nur begrenzte Fortschritte“	4
3	7	„Fortschritte“	2
4	3	„klarer, ehrgeiziger“ als NRP	1
5	1		
Summe der länderspezifischen Empfehlungen	51		

Die Darstellung in Tabelle 1 sollte jedoch nicht dazu verleiten, die Performance der Mitgliedstaaten nach der Anzahl der an sie gerichteten Empfehlungen zu beurteilen<sup>17</sup>. Die Empfehlungen variieren erheblich im Umfang und im Grad der Detailliertheit. Kritisch anzumerken ist weiters, dass einerseits die Länderanalysen nicht auf den Umfang der Empfehlungen schließen lassen und andererseits keine klaren Kriterien über den inhaltlichen Unterschied eines „points to watch“ und einer „Empfehlung“ seitens der EK dargelegt werden.

Empfehlungen zum Bildungsbereich und zur langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen (Siehe Tab. 2) werden von der EK besonders häufig, an

jeweils 12 Mitgliedstaaten, ausgesprochen. Die Entlastung des Faktors Arbeit, Reformen des Gesundheits- und Pflegesystems sowie Strategien des lebenslangen Lernens werden auch wiederholt in Empfehlungen verpackt. Mehr Wettbewerb und Reformen im F&E-Bereich werden Mitgliedstaaten nahegelegt, ebenso wie umfangreiche Maßnahmen im Arbeitsmarktbereich, wie die Aktivierung von sog. „Randgruppen“ (Ältere, Frauen), oder die Modernisierung des Beschäftigungsschutzes (Siehe Details in Tabelle 2 im Anhang).

<sup>16</sup> Siehe Tabelle 2. im Anhang, in welcher die Empfehlungen der EK an die MS umfassend dargestellt sind.

<sup>17</sup> Siehe dazu im Detail Tabelle 2 im Anhang.

Tabelle 2:

Empfehlung x	Anzahl der MS, an die die Empfehlung "... " gerichtet wurde
(Aus-) <b>Bildungssystem</b> reformieren / verbessern / modernisieren; Grundausbildung, berufliche Weiterbildung adaptieren; Bildungssystem an Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anpassen; Weiterbildung für best. Personengruppen (Geringqualifizierte, Ältere, Jugendliche)	12
Verbesserung / Sicherung der langfristige Nachhaltigkeit / Tragfähigkeit der <b>öffentlichen Finanzen</b> ; Konsolidierung des öffentlichen Haushalts	12
<b>Entlastung des Faktors Arbeit</b> / Abgabenbelastung reduzieren; Schwarzarbeit eindämmen; Arbeit wieder lohnend machen	9
Reformen des <b>Gesundheits- und Pensionssystems</b>	7
Strategie des <b>lebenslangen Lernens</b> (insbes. Für best. Personengruppen, wie etwa Ältere, Geringqualifizierte)	7
<b>mehr Wettbewerb</b> auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten (insbes. oftmals bei freien Berufen); mehr Wettbewerb bei netzgebundenen Industrien	6
Modernisierung des <b>Beschäftigungsschutzes</b>	5
Reformen im <b>F&amp;E- und Innovations-Bereich</b> (inkl. Erhöhung der F&E-Ausgaben)	4
Förderung von <b>Flexibilität und Sicherheit</b>	4
Erweiterung des <b>Arbeitsangebots</b> (insbes. von best. Personengruppen) und Erhöhung der <b>Produktivität</b>	4
Erhöhung der <b>Beschäftigung Älterer</b>	5
<b>Segmentierung am Arbeitsmarkt</b> reduzieren	3
effiziente <b>Arbeitsvermittlung</b>	3
Stärkung der <b>aktiven Arbeitsmarktpolitik</b>	4
Bedingungen der Ausbildung / Qualifikation <b>benachteiligter Jugendlicher / Migranten</b> verbessern	2
<b>regionale Unterschiede / Gefälle am Arbeitsmarkt</b> (Beschäftigungsquoten, Arbeitslosenquoten) abbauen	2
Modernisierung der <b>öffentlichen Verwaltung</b>	2
stärkere <b>Kooperation</b> zwischen <b>Wissenschaft und Wirtschaft</b> / private F&E	2
Zahl der <b>frühzeitigen Schulabbrecher</b> reduzieren	2
<b>Kinderbetreuungseinrichtungen</b> ausbauen	1
<b>Abbau staatlicher Beihilfen</b>	1
Attraktivität der <b>Teilzeitarbeit</b> erhöhen	1

Auf Basis des EK-Fortschrittsberichts wurden beim **Europäischen Frühjahrsrat unter deutscher Präsidentschaft im März 2007** die länderspezifischen Empfehlungen gebilligt. Im Wesentlichen sind die vom ER angenommenen Empfehlungen mit jenen der EK identisch. Der ER beschloss, Fortschritte vor allem in folgenden Bereiche voranzutreiben: Stärkung des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovation und mehr Investitionen in F&E sowie Bildung, Förderung von qualitativ hochwertiger Beschäftigung und Moder-

nisierung des europäischen Sozialmodells. Weiters soll die Agenda für eine „bessere Rechtssetzung“ verstärkt vorangetrieben werden. Den wesentlichen Schwerpunkt in den Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs nehmen die Beschlüsse zur integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik ein. In diesem Bereich werden auch zahlreiche quantitative Zielsetzungen vereinbart, z.B. bis 2020 Reduzierung von Treibhausgasen um 20%, Steigerung der Energieeffizienz um 20% und Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien am Gesamtenergiemix auf 20%.

Es ist auffallend, dass es keine länderspezifischen Empfehlungen zu zwei der im Rahmen des ER von den Staats- und Regierungschefs groß diskutierten Themenbereiche gibt. Weder zu „bessere Rechtssetzung“, noch zu „Klimaschutz/Energie“ gehen länderspezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten. Dies könnte darauf hinweisen, dass es sich in diesen Bereichen um Herausforderungen handelt, welche nur auf europäischer Ebene zu bewältigen sind; ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen erscheint als sinnvoll, ohne explizit auf länderspezifische Problemstellungen einzugehen.

In Bezug auf das Prozedere wird beim Europäischen Rat im März 2007 die Bedeutung des Austausches von bewährten Verfahren unterstrichen, die zentrale Rolle der Sozialpartner hervorgehoben sowie zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Lissabon-Koordinatoren aufgerufen. Überdies soll die Kommunikation verbessert und die Identifizierung der Stakeholder mit den Lissabon-Zielen gestärkt werden. Weiters ersucht der ER die Europäische Kommission bis Herbst 2007 einen Vorschlag für „**Integrierte Leitlinien 2008-2011**“ vorzulegen.

## 5. Schlussfolgerungen

Seit Anfang der neunziger Jahre war die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nicht mehr so gering bzw. die Entwicklung der Beschäftigung so dynamisch (Beschäftigungswachstum 2006: +1,5%; 2007-2008: durchschnittlich +1,25%<sup>18</sup>). Ebenso entwickelten sich jüngst die Wachstumsraten überaus erfreulich. Das CPB<sup>19</sup> im Auftrag der Europäischen Kommission errechnete, dass das BIP/Kopf bis 2025 um +12% bis +23% ansteigen könnte bzw. die Beschäftigung im selben Zeitraum um +10% steigen könnte, vorausgesetzt fünf von den im Rahmen der Lissabon-Strategie gesetzten Zielen (d.h. Forschungs- und Entwicklungsziel, Beschäftigungsziel, Humankapitalziel, Verwirklichung des Binnenmarktes und Bürokratieabbau) werden erreicht.

Die derzeitigen IGL bieten hinreichend Spielraum, dass die Mitgliedstaaten in Reaktion auf die EK-Empfehlungen bzw. vor dem Hintergrund ihrer eigenen Schwerpunktsetzungen bei den nächsten nationalen Reformprogrammen (im Herbst 2008) adäquate Strategien formulieren können.

Ein Vergleich der wirtschaftspolitischen Maßnahmenbereiche, wie sie

- (i) in den IGL enthalten sind,
- (ii) in den NRP von den Mitgliedstaaten genannt werden sowie
- (iii) auf den Europäischen Frühjahrsräten beschlossen wurden

zeigt, dass sie im Wesentlichen deckungsgleich sind. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass **über die Identifizierung der Herausforderungen Konsens besteht**. Nach wie vor besteht aber das „Grundproblem“ der Lissabon-Strategie darin, dass das kritische Moment in der Umsetzung der Maßnahmen liegt. Es haben sich zwar die Mittel und Wege in den vergangenen sieben Jahre verändert, aber nicht die aktiven und notwendigen Handlungsschritte.

Die Lissabon-Strategie könnte nun wieder mit neuen IGL und einer überarbeiteten Governance in die nächste Stufe gehen. Sinnvoller erscheint es jedoch mit den identifizierten Herausforderungen endlich an der Umsetzung zu arbeiten. Die wirtschaftspolitische Realität lehrt, dass es politischen Druck, klare Zielvorstellungen, Überwachung der Fortschritte und Evaluierungen bedarf, um der Reformmüdigkeit zu entkommen.

### Die Schwächen der Lissabon-Strategie – Die Governance

Dass die Governance eine Schwäche der Lissabon Strategie darstellt, wurde bereits bei der Halbzeitprüfung der Lissabon-Strategie identifiziert. Die Governance-Reform wirkte in den verschiedensten Dimensionen der Lissabon-Strategie. Es wurde versucht, den Prozess (d.h. inkl. Berichtswesen, multilaterale Überwachung etc.) zu vereinfachen und zu straffen, bei gleichzeitiger Stärkung der nationalstaatlichen Ebene. Die Mitgliedstaaten reagierten auf diese veränderte Rolle. Auf nationalstaatlicher Ebene werden relevante Stakeholder eingebunden. Die jeweiligen Mitgliedstaaten etablierten zum Beispiel neue Vorgehensweisen beim Verfassen der Implementierungsberichte, inklusive Informationspflichten gegenüber den nationalen Parlamenten und sonstigen Stakeholdern. Diese Maßnahmen scheinen nun Wirkung zu zeigen. Trotzdem besteht noch immer die Gefahr, dass die Lissabon-Strategie ein rein bürokratischer Prozess werden könnte. Wird diese Hürde nicht überbrückt, schlägt sich dies auf fehlende Reformfortschritte nieder. Denn das **politische Commitment - die Verantwortung der Regierungen - ist nach wie vor unzureichend**. Folgende Beispiele sollen dies veranschaulichen.

- **Energie- und Klimaschutzpolitik:** Vor dem Hintergrund der energiepolitischen Herausforderungen und unter Berücksichtigung der integrierten europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik wird es notwendig sein, dass die Mitgliedstaaten in ihrem nächsten Reformprogramm noch stärker als bisher auf Maßnahmen in diesem Bereich verweisen können. Die bereits bestehende IGL Nummer 11 hat in den letzten Jahren schon ausreichend Möglichkeiten für nationale Schwerpunktsetzungen in diesem Bereich geboten, was auch von den meisten MS in der Erstellung ihrer nationalen Reformprogramme genutzt wurde (siehe Tabelle 1 im Anhang). Allerdings finden sich in den wenigsten nationalen Reformprogrammen konkrete Zielangaben bzw. politische Selbstverpflichtungen hinsichtlich des tatsächlichen Umsetzungshorizonts. Die einfache Auflistung in den Integrierten Leitlinien hatte dazu nicht den ausreichenden politischen Druck erzeugt. Das Thema ist aber jetzt, unter anderem durch die

<sup>18</sup> Frühjahrsprognose der EK.

<sup>19</sup> CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, The new Lisbon Strategy. An Estimation of the economic impact of reaching five Lisbon Targets (1/2006).

Diskussion beim letzten ER aufgrund aktueller Vorkommnisse (Energieabhängigkeit, UNO Konferenz), hoch auf die politische Agenda gerückt.

- **Arbeitsmarktpolitik:** Im Beschäftigungskontext ist derzeit das „Flexicurity-Konzept“ (basierend auf einem „best-practice“ Beispiel aus Dänemark) in den Vordergrund gerückt. Die beiden Aspekte Flexibilität und Sicherheit sind bereits jetzt wesentliche Bestandteile - vor allem der beschäftigungspolitischen - IGL. Hier dürfte die Lissabon-Strategie in ihrer Funktion „Länder-Erfahrungen auszutauschen“, richtig funktioniert haben. Es zeigt aber auch das Problem auf, dass Maßnahmen eines Landes nicht automatisch in ein anderes Land transferiert werden können.
- **Öffentliche Finanzen:** Die Herausforderung der „alternden Gesellschaft“ haben tatsächlich in vielen Ländern zu Pensionsreformen geführt. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen hat sich in den letzten Jahren verbessert. Obwohl politisch sehr heikel, wurden die Reformmaßnahmen durchgeführt bzw. sind in vielen Ländern in der Umsetzungsphase. Es ist aber fraglich, ob die IGLs dazu beigetragen haben. Es ist wohl eher der Druck aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, welcher zum Unterschied zur Lissabon-Strategie über härtere Sanktionsmöglichkeiten verfügt, der auf den Finanzministern lastete.

Eine wesentliche Neuerung von „Lissabon II“ ist die Ernennung von **Lissabon-Koordinatoren**. Mittlerweile haben 12 Mitgliedstaaten einen nationalen Lissabon-Koordinator auf Ministerebene ernannt<sup>20</sup>. Das ist vor allem deshalb von Relevanz, da es die politische Verantwortung der Regierungen stärkt. Der zuständige Minister muss sich auch an jenen Maßnahmen messen, welche zwar in den Nationalen Reformprogrammen angekündigt wurden, aber noch unzureichend umgesetzt sind. Daher wirkt diese politische Selbstverpflichtung vor allem auf nationaler Ebene. Derselbe Wirkungskanal sollte auf europäischer Ebene zu wirken beginnen, da der zuständige Minister angehalten werden sollte, über seine (fehlenden) Maßnahmenambitionen bei den Kollegen auf europäischer Ebene Rechenschaft abzulegen. Derzeit treffen sich die nationalen Koordinatoren ein Mal jährlich. Der politische Druck würde bei häufigeren Treffen erhöht werden. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass jedes Land einen Lissabon-Koordinator auf Minister- bzw. Staatssekretärebene ernannt. Denn erst dann könnte den „Lissabon-Ministern“ im Rahmen der multilateralen Überwachung eine stärkere Rolle zugeschrieben werden.

Neben der politischen Verantwortung ist auch eine geeignete Kommunikationsstrategie unumgänglich. „Es muss mehr unternommen werden, um den Menschen begreiflich zu machen, weshalb Lissabon für jeden Bürger in Europa von Bedeutung ist“<sup>21</sup>. Auch auf dem Europäischen Rat unter deutscher Präsidentschaft betonten die Staats- und Regierungschefs erneut die Notwendigkeit einer „Verbesserung der Kommunikation“. Die Mitgliedstaaten sollten demgemäß zur Verbreitung von „Lissabon“ beitragen, wobei hier weder schöne, bunte Broschüren von nationalen Verwaltungen, noch politische Sonntagsreden als geeignet angesehen werden sollten, sondern das Berichten über tatsächlich umgesetzte Reformen und die dadurch tatsächlich generierten Beschäftigungs- und Wachstumseffekte.

## Auf Kontinuität setzen

Die Integrierten Leitlinien bilden eine wesentliche Grundlage für die Koordination der Wirtschaftspolitik in den EU Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie. Obwohl sie - wie zuvor skizziert - in unterschiedlicher Weise in den MS zur Erstellung der Nationalen Reformprogramme herangezogen wurden, stellen die Inhalte der IGL mittlerweile doch einen „Mainstream“ der wirtschaftspolitischen Diskussion auf europäischer Ebene dar. Durch die Ausarbeitung und Erstellung von nationalen Reformprogrammen und Umsetzungsberichten auf Basis der IGL wurde zumindest in den meisten MS ihr Bekanntheitsgrad, ihr Einfluss bzw. Wirkungsgrad erhöht. Dies stellt die IGL aber auch vor die schwierige Aufgabe, die verschiedensten, teilweise sehr unterschiedlichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen der Mitgliedstaaten abzudecken. Es besteht dabei einerseits die Gefahr, zu allgemeine Empfehlungen zu verfassen, andererseits die tatsächlichen Herausforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten unzureichend einzuschätzen. Im multilateralen Überwachungsprozess der EU könnte sich dies durch eine falsche Schwerpunktsetzung auswirken.

**Folgende Vorschläge** versuchen den Mittelweg zwischen hinreichend **detaillierten und** gleichzeitig aber ausreichend **flexiblen Integrierten Leitlinien für 2008-2011** gerecht zu werden.

- **Die Integrierten Leitlinien 2005 – 2008 bleiben in ihrer jetzigen Form bestehen.** Die Vorschläge für wirtschaftspolitische Maßnahmen bzw. Handlungs-

<sup>20</sup> darunter Österreich, neben z. B. Deutschland, Frankreich und Griechenland.

<sup>21</sup> „Kok Bericht“

anweisungen in den IGL sind nach wie vor zutreffend.

- Die Europäische Kommission könnte **konkretere länderspezifische Empfehlungen** in Hinblick auf die Umsetzung von Reformmaßnahmen aussprechen. Dies könnte im Rahmen der bereits derzeit einmal jährlich stattfindenden **bilateralen EK-Besuche** stattfinden. In der Form könnten diese „Besuche“ den IMF Artikel VI Konsultationen und den OECD Länderprüfungen angelehnt sein.
- Anstelle wieder neue, allgemeine Handlungsanweisungen zu formulieren bzw. die bestehenden IGL umfangreich zu ergänzen und dabei möglicherweise Gefahr laufend, den Fokus auf Wachstum und Beschäftigung wieder zu verlieren<sup>22</sup>, sollte vielmehr dazu übergegangen werden, durch **analytische Aufarbeitung der „Lissabon-Reformen“ in den Mitgliedstaaten**, die Wirkungskanäle von Strukturreformen besser aufzuzeigen.<sup>23</sup>
- Der Europäische Frühjahrsrat hat im „Lissabon-Kontext“ eine zentrale Rolle. Diese sollte er nützen. Die **Schlussfolgerungen des Rates und des Europäischen Frühjahrsrates** könnten jeweilige Schwerpunkte setzen<sup>24</sup>, um den nötigen politischen **Spielraum für aktuelle Herausforderungen** zu geben<sup>25</sup>. D.h. zusammengefasst: Die IGLs sind der stabile Rahmen der Strategie, die gegebenenfalls durch die Schlussfolgerungen des ER, die etwaigen aktuellen Ereignissen Rechnung tragen, ergänzt werden können.

Die Beibehaltung der bisherigen IGL wäre ein Signal für die **wohlüberlegte, konsistente und langfristige Ausrichtung der Lissabon-Strategie**. Die Stabilität der Rahmenbedingungen erhöht politische Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Es würde zeigen, dass der eingeschlagene Weg in Richtung **„mehr Wachstum und Beschäftigung“** sinnvoll ist. Die Widerstände gegen Strukturreformen könnten somit entkräftet und die politischen und wirtschaftlichen Kosten minimiert werden.

Die derzeitigen guten konjunkturellen Rahmenbedingungen sollten für weitere Reformen und Umsetzung genutzt werden. Gesetzte **Ziele**, die man anvisieren, **Leitlinien**, die man umsetzen und **Prozesse**, die man einsetzen kann, sind vorhanden. Der politische

Wille muss nun ausreichend groß sein, damit die Strukturreformen auch weiterverfolgt werden. *„Lisbon is about everything and thus about nothing. Everybody is responsible and thus no one.“*<sup>26</sup> - hat Wim Kok in seinem Bericht zur Halbzeitbewertung 2004 festgehalten. Der Lissabon-Strategie sollte nicht nochmals das gleiche Schicksal wie 2005 ereilen, dafür hat Europa die Strukturreformen zu nötig.

<sup>22</sup> Eine Durchsicht der Schlussfolgerungsdokumente der Europäischen Räte seit 2005 (siehe Anhang 3. im Detail) deutet allerdings bereits wieder darauf hin, dass man zum zweiten Mal den gleichen Fehler begehen könnte - nämlich die Strategie mit zu vielen Einzel- und Subzielen sowie mit neuen Prozessen zu überfrachten.

<sup>23</sup> In diesem Kontext leistet die jüngst eingerichtete Arbeitsgruppe „Lisbon Methodology“ (LIME) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wichtige Arbeit.

<sup>24</sup> Siehe die vier prioritären Bereiche, die auf dem Frühjahrs Gipfel unter österreichischer Präsidentschaft verabschiedet wurden und nunmehr eine zentrale Rolle im Rahmen der Umsetzung der Lissabon-Strategie spielen.

<sup>25</sup> So wurde in den diesjährigen Schlussfolgerungen des Europäischen Frühjahrsrates u. a. aufgrund der durch den Stern-Bericht ausgelösten wissenschaftlich und auch medial sehr breit angelegten Diskussion über Klimawandel und aufgrund der sich zuspitzenden Energielage in Europa ein Schwerpunkt auf Klima- und Energiepolitik gelegt.

<sup>26</sup> Wim Kok, 2004, Halbzeitbewertung.



## Zu den Autorinnen

*Mag. Verena Farré Capdevila* ist seit Dezember 2001 volkswirtschaftliche Referentin in bzw. seit September 2006 stellvertretende Leiterin der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen Wachstums- und Strukturpolitik, vor allem in Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie. Mag. Farré Capdevila ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Länderprüfungen“ des wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU.

*Mag. Ulrike Mandl*, MAS ist Mitarbeiterin der Abteilung für Allgemeine Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Finanzen. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen Wachstums- und Strukturpolitik, vor allem in Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie. Mag. Mandl war Mitglied der Arbeitsgruppe „Länderprüfungen“ sowie der Arbeitsgruppe „Qualität der öffentlichen Finanzen“ des wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU. Derzeit ist Mag. Mandl als Nationale Sachverständige in die Europäische Kommission entsendet.

Die Autorinnen danken Dr. Christina Burger (BMWA) und Dr. Alfred Katterl (BMF) für deren konstruktives Feedback. Verbleibende Fehler liegen in der Verantwortung der Autorinnen.



# ANHANG

## Tabelle 1: Nationale Schwerpunkte in den NRPs 2005-2008

Mitgliedstaat	Gliederung / Schwerpunkte des NRP 2005	Anmerkungen
<b>Belgien</b>	<p><b>6 Schwerpunkte</b> („6 lines of action“) for boosting growth and employment</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• balanced budget</li> <li>• lower costs, particularly labour costs</li> <li>• reforming and revitalising the labour market</li> <li>• investing to boost the economy</li> <li>• consolidating social security</li> <li>• improving the complementary relationship between growth and environmental protection</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• innerhalb eines jeden Schwerpunktes werden quantitative Ziele gesetzt; die 6 Schwerpunkte bilden den strategischen Teil des NRP</li> <li>• nationale Politik nicht ausreichend vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen -&gt; deshalb konzentriertes europäisches Vorgehen in wirtschaftspolitischen Belangen notwendig; NRP = belgischer Beitrag für europäisches Vorgehen; innerhalb Belgiens zahlreiche (insbes. regionale ) Stakeholder-Beiträge</li> <li>• der Hauptberichtsteil ist in drei Kapitel unterteilt (Makro, Mikro, Beschäftigung); eine Spalte am rechten Rand zieht sich durch den gesamten Hauptberichtsteil -&gt; in dieser Spalte wird bei den einzelnen Maßnahmenbeschreibungen stets zu den entsprechenden IGL verwiesen</li> <li>• NRP enthält zahlreiche von den verschiedenen Stakeholdern bereits geplante / umgesetzte Maßnahmen</li> </ul>
<b>Tschechische Republik</b>	<p>Unterteilung in 3 Hauptkapitel; <b>8 Schwerpunktbereiche</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• macroeconomic part <ul style="list-style-type: none"> <li>- macroeconomic stability and sustainable growth</li> </ul> </li> <li>• microeconomic part <ul style="list-style-type: none"> <li>- business environment</li> <li>- research, development, innovations</li> <li>- sustainable utilisation of resources</li> <li>- modernisation and development of transport and ICT networks</li> </ul> </li> <li>• employment <ul style="list-style-type: none"> <li>- labour market flexibility</li> <li>- inclusion on labour market</li> <li>- education</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP wurde auf Basis der IGL ausgearbeitet; bilden „Rahmen“ für NRP</li> <li>• „The Sustainable Development Strategy of the Czech Republic and the Economic Growth Strategy were among the information sources used for the National Reform Programme“; „(...) Economic Growth Strategy is a plan for the period 2006-1013“</li> <li>• IGL Nr. 6, 10, 12, 13 und 21 wurden nicht behandelt</li> <li>• in der Darstellung der Maßnahmen wird kein expliziter Bezug zu den IGL genommen</li> </ul>
<b>Dänemark</b>	<p>Gliederung gem. eigener Schwerpunktsetzungen (Darstellung der makroökonomischen Rahmenbedingungen und <b>5 Schwerpunktbereiche</b>)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• The economic framework (incl.: Medium-term strategy and objectives)</li> <li>• Denmark as a knowledge society (investment in R&amp;D and innovation, ICT, entrepreneurship, education and training)</li> <li>• Efficient competition and the internal market (incl.: better regulation and infrastructure)</li> <li>• Sustainability, the environment and energy (promoting environmentally efficient technology; internalisation of environmental costs and decoupling the link between growth and environmental impacts; efforts against climate change; stopping decrease in biodiversity)</li> <li>• The Danish employment policy (adaptability, investment in human resources)</li> <li>• Continuous improvements of the public sector (better welfare services; increased efficiency and productivity)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• im Reformprogramm wird dänische Regierungsstrategie für Strukturreformen präsentiert</li> <li>• NRP fokussiert auf konkrete nationale Initiativen, die entweder geplant oder bereits umgesetzt wurden; diese Initiativen „are put into the setting under which they are being discussed in EU“</li> <li>• um Kohärenz zw. dänischer Regierungsstrategie und den IGL zu bewahren / herzustellen, wird der Zusammenhang zwischen den beiden in Form von Boxes dargestellt (dabei werden die den dänischen Reformen korrespondierenden Textstellen des IGL-Textes wiedergegeben; in farblich / grafisch hervorgehobenen Boxes)</li> <li>• Annex 8 des dänischen NRP enthält den Beitrag der Sozialpartner und anderer interessierter Stakeholder; Beiträge werden unter Zuordnung zu best. IGL (d.h. der beschäftigungspolitischen IGL) dargestellt</li> </ul>

<b>Deutschland</b>	<p>NRP hat den Titel „<i>Innovation forcieren - Sicherheit im Wandel fördern - Deutsche Einheit vollenden</i>“; <b>6 Prioritäten</b> werden im NRP gesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissensgesellschaft ausbauen</li> <li>• Märkte offen und wettbewerbsfähig gestalten</li> <li>• Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit stärken</li> <li>• öffentliche Finanzen tragfähig gestalten - nachhaltiges Wachstum sichern - soziale Sicherheit wahren</li> <li>• ökologische Innovation als Wettbewerbsvorteil nutzen</li> <li>• Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten - demografischen Veränderungen begegnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP ist Reaktion auf Herausforderungen in Deutschland</li> <li>• NRP ist in Übergangszeit des Regierungswechsels entstanden (d.h. an der Schnittstelle von alter und neuer Bundesregierung); NRP umfasst daher sowohl in der abgelaufenen Legislaturperiode bereits eingeleitete Maßnahmen als auch die politischen Handlungsfelder, die sich die neue Bundesregierung für die kommenden vier Jahre vorgenommen hat (insofern programmatischer Charakter des NRP) die einzelnen Maßnahmen werden dann den 6 Prioritätsbereichen zugeordnet dargestellt; am Rand der Maßnahmenbereiche finden sich Querverweise zu den relevanten IGL</li> </ul>
<b>Estland</b>	<p><b>9 Ziele</b> in drei großen Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• macroeconomic environment <ul style="list-style-type: none"> <li>- insuring a stable macroeconomic environment</li> <li>- insuring the long-term sustainability of fiscal policy</li> <li>- direction of the fiscal policy to improve the economic growth and employment</li> </ul> </li> <li>• knowledge-based and sustainable business environment <ul style="list-style-type: none"> <li>- increasing the quality of research and development, as well as the capacity for innovation, growth, and long-term international competitiveness</li> <li>- development of a business environment promoting entrepreneurship and initiative</li> <li>- strengthen the synergy between environmental protection and growth</li> </ul> </li> <li>• labour market and employment <ul style="list-style-type: none"> <li>- improve the quality of labour force</li> <li>- increase in labour supply</li> <li>- increase in the flexibility of the labour market and modernisation of the labour relations</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP ist Basis für die Erstellung des jährlichen Arbeitsplans der Regierung und Ministerien; Konkretisierung findet im tatsächlichen Regierungsarbeitsplan statt, welcher die Ziele des NRP berücksichtigt</li> <li>• NRP enthält einige quantitative Zielsetzungen</li> <li>• Maßnahmen stimmen mit Budgetstrategie überein (d.h. sind darin bedeckt)</li> <li>• im Annex 1 ist eine genaue tabellarische Darstellung enthalten, in der jeder einzelnen IGL die entsprechenden Maßnahmen (die im Hauptberichtsteil zur Zielerreichung dargestellt wurden) zugeordnet sind</li> </ul>
<b>Irland</b>	<p>in Antwort auf IGL <b>12 Schwerpunktsetzungen</b> („<i>policy priorities</i>“) entsprechend der Dreiteilung der IGL in den folgenden Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Macroeconomic policy / guidelines <ul style="list-style-type: none"> <li>- maintain a stable macroeconomic environment, sustainable public finances, and moderate inflation levels</li> <li>- within this fiscal framework, continue to prioritise public investment in economic and social infrastructure and other growth-enhancing expenditures;</li> <li>- ensure that the economy will be in a position to meet anticipated long-run fiscal pressures, including those arising from the ageing of the population</li> </ul> </li> <li>• Microeconomic policy / guidelines (structural and market reforms) <ul style="list-style-type: none"> <li>- promote, protect and enhance competitiveness</li> <li>- increase R&amp;D investment, capacity and output</li> <li>- encourage greater innovation and entrepreneurship across the enterprise sector</li> <li>- continue to address the physical infrastructure deficit, particularly in the transport sector</li> <li>- continue to roll out regulatory reform</li> <li>- support social inclusion and sustainable development</li> </ul> </li> <li>• Employment policy / guidelines <ul style="list-style-type: none"> <li>- continue to achieve higher levels of employment, improved quality and</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>“NRP should be considered in the overall context of the Agreed Programme for Government, (2002)”</i></li> <li>• Maßnahmen die bereits gesetzt wurden, bleiben aufrecht</li> <li>• im Makro- und Mikrobereich werden die einzelnen Maßnahmen den 6 bzw. 10 IGL des Makro- bzw. Mikrobereiches zugeordnet („<i>detailed response to guidelines</i>“); im Mikrobereich werden die IGL 7 und 8 sowie IGL 10 und 15 gemeinsam behandelt; im Beschäftigungsbereich erfolgt Gliederung der Darstellung der Maßnahmen „ungefähr“ den 8 IGL dieses Bereichs entsprechend</li> <li>• in Einleitung des NRP werden zwar 12 Schwerpunktbereiche („<i>policy priorities</i>“) definiert, aber in den drei Hauptkapiteln werden die Maßnahmen dann nicht in Entsprechung dieser Schwerpunktbereiche dargestellt, sondern grosso modo entsprechend der IGL</li> <li>• jeweils zu Beginn der 3 Hauptkapitel werden Ausschnitte aus dem „<i>Agreed Programme for Government</i>“ und dem „<i>Sustaining Progress</i>“ (Sozialpartnerübereinkommen = social partnership agreement) wiedergegeben, gleichsam als Konnex zwischen dem Regierungs- sowie Sozialpartnerprogramm und dem NRP</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- productivity of work, and social cohesion</li> <li>- focus on education and training, including lifelong learning, to develop high skilled, innovative and adaptable workforce for the knowledge economy</li> <li>- ensure an adequate labour supply to meet economy's needs</li> </ul>	
<b>Griechenland</b>	<p><b>4 Prioritäten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• restore fiscal balance and ensure the long-term sustainability of public finances (reduce deficit)</li> <li>• increase productivity (structural reforms in the operation of markets, investing in human capital, promoting a knowledge-based society)</li> <li>• improve the business environment (enhance competition, liberalize markets, increase external openness, capitalize on the country's geopolitical attributes to become an attractive destination for entrepreneurial and investment activities in the Balkans and the wider area of Southeastern Europe)</li> <li>• increase employment (reduce unemployment, improve the effectiveness of the educational, training and re-training systems; reducing risk of social exclusion)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP <i>"drawn up in accordance with the IGL"</i></li> <li>• in den einzelnen Kapiteln, in denen die Maßnahmen (zum großen Teil bereits umgesetzte / in die Wege geleitete Maßnahmen) en detail beschrieben werden, wird auf die IGL kein Bezug genommen</li> </ul>
<b>Spanien</b>	<p><b>7 Schwerpunkte</b> („pillars“ bzw. <i>"lines of action"</i>) im NRP als Antwort auf die 24 IGL</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Enhanced Macroeconomic and Budgetary Stability</li> <li>• The Strategic Infrastructure and Transportation Plan and the Water Use and Management Program</li> <li>• Increased and Enhanced Human Capital</li> <li>• The R&amp;D and Innovation Strategy (INGENIO 2010)</li> <li>• More Competition, Better Regulation, Efficiency of the Public Administrations and Competitiveness</li> <li>• The Labour Market and Social Dialogue</li> <li>• The Entrepreneurship Program</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2 Hauptziele bis 2010: <i>"reach full convergence in per capita income with EU-25 and reach a 66% employment rate"</i>; um diese zwei Hauptziele zu erreichen, wurden 7 konkrete quantitative Zwischenziele formuliert</li> <li>• Basis für NRP ist <i>"Plan de Dinamización de la Economía"</i> der Regierung aus dem Jahr 2004</li> <li>• NRP <i>"constitutes the fundamental reference for the Spanish Government's economic policy for the period 2005-2010"</i></li> <li>• Annex beinhaltet eine tabellarische Darstellung der Zusammenhänge zwischen den IGL, den 7 Schwerpunkten und einzelnen Maßnahmen (dabei werden die einzelnen Maßnahmen den IGL zugeordnet, wobei diese gem. der 7 Schwerpunkte ex post untergliedert werden)</li> </ul>
<b>Frankreich</b>	<p>Wirtschafts- und Sozialpolitik fokussiert auf <b>4 Schienen</b> („tracks“) <i>"for rebuilding the road to sustainably high growth"</i>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• making employment the focus of our decisions</li> <li>• improving business competitiveness</li> <li>• rolling out a proactive state policy in industry and research</li> <li>• keeping on the straight course of a strict budget policy</li> </ul> <p>Die Maßnahmen werden in 3 Kapiteln dargestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• creating the conditions for economic and social growth</li> <li>• the battle for jobs serving economic growth</li> <li>• building the knowledge-based economy</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zur Erreichung der Lissabon-Ziele betreibt jeder MS eine proaktive Wirtschaftspolitik, allerdings soll den MS dabei das Recht vorbehalten sein, <i>"to choose the means for reaching the objective"</i></li> <li>• im NRP werden hauptsächlich Maßnahmen dargestellt, die bereits umgesetzt / in die Wege geleitet wurden</li> <li>• Gliederung / Darstellung der Maßnahmen nicht in Anlehnung an IGL; diese werden mit keinem Wort erwähnt</li> <li>• im NRP wird festgehalten, dass Frankreich seinen Beitrag zu den EU-Lissabon-Zielen leisten wird; dabei ist die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zentral, ebenso die Berücksichtigung der Diversität der EU-MS; in diesem Zusammenhang hält Frankreich auch fest, dass Maßnahmen in alleiniger nationaler Zuständigkeit sind</li> </ul>
<b>Italien</b>	<p><b>5 Hauptziele</b> („priority goals“):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• extending the area of free choice for citizens and companies (IGL 3, 10, 12, 13, 14, 15, 21, 22)</li> <li>• granting incentives for scientific research and technological innovation (IGL 7, 8)</li> <li>• strengthening education and training of human capital (IGL 9, 18, 19, 20, 23, 24)</li> <li>• upgrading tangible and intangible infrastructure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP = <i>"PICO - Piano per l'Innovazione, la Crescita e l'Occupazione"</i> (Plan for Innovation, Growth and Employment)</li> <li>• <i>"24 IGL (...) have been grouped into 5 operating categories, takes as priority goals for the Plan"</i></li> <li>• <i>"PICO is not a "closed" plan"; "PICO remains open to new contributions"</i></li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>(IGL 16)</li> <li>protecting the environment (IGL 11)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>die 5 Hauptziele sind <i>“a summarized version of the 24 IGL”</i> (siehe Klammersausdrücke)</li> <li>das <i>„economic and financial planning document“</i> (budgetpolitisches Arbeitsdokument; wird dem italienischen Parlament im Juli 2005 zugeleitet) bildet einen integralen Bestandteil des NRP (betr. IGL 1, 2, 4, 5, 6)</li> <li>im Hauptberichtsteil: deskriptive Darstellung der umgesetzten / geplanten Maßnahmen</li> </ul>
<b>Zypern</b>	<p><b>9 Hauptherausforderungen</b> (<i>„key challenges“</i>); grobe 3-Teilung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Makro <ul style="list-style-type: none"> <li>sustainability of public finances</li> <li>improve the quality of public finances</li> </ul> </li> <li>Mikro <ul style="list-style-type: none"> <li>increase the diversification of the economy towards higher value added activities</li> <li>promotion of R&amp;D and innovation and facilitation of ICT diffusion</li> <li>structural reforms targeting at enhancing competition and improving the overall business climate</li> <li>upgrading of basic infrastructures</li> <li>ensuring environmental sustainability</li> </ul> </li> <li>Beschäftigung <ul style="list-style-type: none"> <li>further human capital development</li> <li>further enhancement of the conditions of social cohesion</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>NRP in drei große Hauptkapitel untergliedert: Makro, Mikro, Beschäftigung</li> <li>Maßnahmen zur Begegnung der 9 Hauptherausforderungen werden dargestellt, wobei auf die entsprechenden IGL (entweder in der Überschrift oder in den Fußnoten) referenziert wird; im Annex werden jene IGL <i>„abgearbeitet“</i>, die im Haupttext keine Berücksichtigung fanden</li> <li>NRP enthält einige quantitative Zielsetzungen</li> <li>NRP listet neben einigen geplanten auch zahlreiche bereits umgesetzte bzw. in die Wege geleitete Maßnahmen auf</li> </ul>
<b>Lettland</b>	<p>NRP fokussiert auf <b>5 wirtschaftspolitische Schwerpunkte</b> (<i>“main economic policy directions“</i>):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>securing macroeconomic stability (IGL 1-5)</li> <li>stimulating knowledge and innovation (IGL 7-11)</li> <li>developing a favourable and attractive environment for investment and work (IGL 12-16)</li> <li>fostering employment (IGL 17-22)</li> <li>improving education and skills (IGL 23-24)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>NRP ist ein <i>„policy planning document“</i>, das aufzeigt, wie Lettland auf Basis der IGL zur Lissabon-Zielerreichung beiträgt; NRP basiert auf <i>„policy planning documents approved by the Republic of Latvia“</i></li> <li>den 5 Schwerpunktbereichen werden die entsprechenden IGL untergeordnet (siehe Klammersausdrücke); einzelnen Maßnahmen werden den IGL zugeordnet dargestellt</li> <li>im Annex des NRP sind einige konkrete quantitative Zielformulierungen enthalten</li> </ul>
<b>Litauen</b>	<p><b>3 nationale Prioritäten</b> (<i>“national priorities“</i>)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>macroeconomic area - sustain fast economic growth, stable macroeconomic environment and seek full-fledged membership in the EMU</li> <li>microeconomic area - promote the competitiveness of Lithuanian companies</li> <li>employment area - promote employment and investments in human capital</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>innerhalb der 3 Hauptkapitel wird bei den einzelnen dargestellten Maßnahmen stets eine Referenz zur jeweiligen IGL gemacht</li> <li>zu den einzelnen Maßnahmen wird ein zeitliches Umsetzungsziel genannt (zusätzl.: Zuständigkeit und budgetäre Kosten)</li> <li>NRP enthält einige quantitative Zielsetzungen</li> </ul>
<b>Luxemburg</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Titel des NRP enthält implizit die Schwerpunktsetzung, i. e. Innovation und Vollbeschäftigung</li> <li>im Einleitungskapitel wird überdies auf die Wichtigkeit von Aus- und Weiterbildung, Integration der luxemburgischen Wirtschaft in das weltwirtschaftliche Gefüge, Standortpolitik, stabile Makroökonomie und nachhaltige Entwicklung hingewiesen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>NRP trägt den Titel <i>„Plan pour l’innovation et le plein emploi“</i> (<i>„Plan für Innovation und Vollbeschäftigung“</i>); dadurch kommt Schwerpunktsetzung im NRP implizit zum Ausdruck</li> <li>Strukturierung des NRP gem. der IGL; NRP enthält 2 große Kapitel: <i>„Grundzügen der Wirtschaftspolitik“</i> (hier enthalten Makro- und Mikro-Maßnahmen) und <i>„Beschäftigungspolitische Leitlinien“</i> (beschäftigungspolitische Maßnahmen)</li> <li>Darstellung bereits geplanter / umgesetzter / zukünftiger Maßnahmen unter den Headings der jeweiligen IGL; Ausnahme: Maßnahmen gem. der IGL Nr. 3, 4, 5 und 6 werden nicht als Extra-Kapitel behandelt, sondern im Rahmen anderer IGL beschrieben</li> </ul>
<b>Ungarn</b>	<p>Gliederung / <b>3 Hauptbereiche</b> der Reformmaßnahmen gem. Dreiteilung der IGL; innerhalb dieser Hauptbereiche werden Schwerpunktsetzungen vorgenommen (<i>„priority“</i>):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Macro-economy</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>innerhalb der 3 Hauptbereiche Beschreibung der Maßnahmen unter den Headings der IGL (d.h. genaue Zuteilung der einzelnen Maßnahmen zu den entsprechenden IGL)</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- macro-economic stability and financial balance (decrease of deficit)</li> <li>• Micro-economy <ul style="list-style-type: none"> <li>- knowledge and innovation, widening the basis of competitiveness</li> <li>- improving the business environment, intensification of competition</li> </ul> </li> <li>• Employment <ul style="list-style-type: none"> <li>- attract and retain more people in employment and modernise social protection systems</li> <li>- improve adaptability of workers and enterprises and the flexibility of labour markets</li> <li>- increase investment in human capital through better education and training</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP enthält einige quantitative Zielsetzungen</li> </ul>
<b>Malta</b>	<p><b>5 strategische Themen</b> („strategic themes, which shall form the pillars of its NRP“)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• sustainability of public finances</li> <li>• competitiveness</li> <li>• employment</li> <li>• education and training</li> <li>• environment</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Malta hält im NRP fest, dass die IGL 12, 19 und 22 nicht behandelt werden, weil stärkerer Fokus auf die übrigen IGL gelegt wird</li> <li>• in der Darstellung der einzelnen Maßnahmen (gegliedert nach den 5 strategischen Themen) wird auf die IGL kein Bezug genommen</li> <li>• Annex enthält eine genaue Darstellung der budgetären Kosten der einzelnen Maßnahmen</li> <li>• Malta's NRP knüpft an die Regierungsstrategie „For a Better Quality of Life“ an, die bis 2010 läuft</li> </ul>
<b>Niederlande</b>	<p>Niederlande fokussieren in ihrem NRP auf <b>2 Herausforderungen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• labour participation</li> <li>• productivity growth</li> </ul> <p>NRP unterteilt in 3 Hauptkapitel: Makro, Mikro, Beschäftigung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP „adopts the 2005-2008 IGL as a guiding principle for setting up the programme“</li> <li>• NRP unterteilt in 3 Hauptkapitel: Makro, Mikro, Beschäftigung; innerhalb dieser 3 Hauptkapitel keine Schwerpunktsetzungen; den 24 IGL werden die gesetzten / geplanten Maßnahmen zugeordnet</li> <li>• einige Ziele enthalten; z. T. budgetäre Mittel für Maßnahmen erwähnt</li> </ul>
<b>Österreich</b>	<p><b>7 strategische Kernbereiche:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen</li> <li>• Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik</li> <li>• Forschung und Entwicklung, Innovation</li> <li>• Infrastruktur (inkl. Breitband)</li> <li>• Standortsicherung und Mittelstandsoffensive</li> <li>• Bildung und Weiterbildung</li> <li>• Umwelttechnologien und effizientes Ressourcenmanagement</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• strategischer „Chapeau“ mit 7 strategischen Kernbereichen; darin keine genauen Maßnahmenbeschreibungen enthalten, sondern die allgemeine Strategie</li> <li>• detaillierte 2 Anhänge, inkl. Maßnahmenbeschreibung: <ul style="list-style-type: none"> <li>- 1. Anhang: „Grid“ (Maßnahmentabelle) - tabellarische Zuordnung der Maßnahmen zu den einzelnen IGL, Darstellung der „Querbezüge“ zw. den IGL (d.h. wenn eine Maßnahme verschiedenen IGL zugeordnet werden kann) sowie Beschreibung der erwarteten Effekte und Stand der Umsetzung</li> <li>- 2. Anhang: „Detailausführungen“ - Strukturierung gem. der 24 IGL; jeder einzelnen IGL sind die entsprechenden Maßnahmen zugeordnet und en detail beschrieben</li> </ul> </li> </ul>
<b>Polen</b>	<p><b>6 Schwerpunkte</b> („priorities“); diese sind den 3 größeren Bereichen der IGLs zugeordnet</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Macroeconomic and Budgetary Policy Area <ul style="list-style-type: none"> <li>- consolidation of public finance and improvement of public finance management</li> </ul> </li> <li>• Microeconomic and Structural Policy Area <ul style="list-style-type: none"> <li>- developing entrepreneurship</li> <li>- increased company innovation</li> <li>- infrastructure development and upgrade and ensuring competitive environment in network sectors</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• der „National Development Plan (NDP) for 2007-2013“ ist Basis für Implementierung der Lissabon-Strategie in Polen</li> <li>• NRP deshalb eine Synopsis der Regierungsarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Soziales bis 2008 (wie im NDP festgehalten)</li> <li>• nicht alle IGL sind im NRP bzw. den Schwerpunktbereichen gleich berücksichtigt; stärkerer Fokus auf jene IGL, die den größten Herausforderungen entsprechen („i.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Labour Market Policy <ul style="list-style-type: none"> <li>creation and retention of new jobs and reducing unemployment</li> <li>improving adaptability skills of staff and enterprises by investing into human capital</li> </ul> </li> </ul>	<p><i>e. stimulating economic growth and curbing unemployment“)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>im Annex 2 ist eine genaue tabellarische Zuordnung der einzelnen Maßnahmen zu den IGL enthalten</li> </ul>
<b>Portugal</b>	<p>Dreiteilung gem. der IGL-Dreiteilung; innerhalb dieser Identifizierung von <b>7 übergreifenden Maßnahmenbereichen</b> („<i>transversal policies</i>“)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>economic growth and public accounts sustainability</li> <li>governance and public administration</li> <li>competitiveness and entrepreneurship</li> <li>innovation and R&amp;D</li> <li>territorial cohesion and environmental sustainability</li> <li>market efficiency</li> <li>qualification, employment and social cohesion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>NRP enthält 125 Einzelmaßnahmen; sind im Hauptberichtsteil auch durchnummeriert dargestellt</li> <li>im Annex ist <i>“a synthesis map of measures by policy and its relationship to IGL”</i> enthalten (d.h. tabellarische Darstellung, in der den 7 Maßnahmenbereichen die relevanten IGL sowie auch die entsprechenden Maßnahmen (die im Hauptberichtsteil zur Zielerreichung dargestellt wurden) zugeordnet sind)</li> <li>Portugal nimmt auch Bezug auf die länderspezifischen Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Leitlinien und Grundzüge der Wirtschaftspolitik</li> </ul>
<b>Slowenien</b>	<p>SDS definiert <b>5 Prioritäten</b> („<i>five development priorities</i>“):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a competitive economy and faster economic growth</li> <li>effective generation, two-way flow and application of the knowledge needed for economic development and quality jobs</li> <li>an efficient and less costly state</li> <li>a modern social state and higher employment</li> <li>integration of measures to achieve sustainable development</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>„<i>Slovenia’s Development Strategy</i>“ (SDS): wurde im Juni 2005 von der Regierung angenommen; enthält Ziele und Prioritäten für slowenische Wirtschaftspolitik</li> <li>„<i>Reform Programme for Achieving the Lisbon Strategy Goals</i>“ - ist konsistent mit SDS; enthält Antworten auf slowenische Herausforderungen; NRP ist „Operationalisierung“ der SDS</li> <li>SDS enthält konkrete (z. T. quantitative) Ziele</li> <li>in den einzelnen Kapiteln wird in Form von Boxes ein Querverweis auf die relevanten IGL gemacht (d.h. Maßnahmen werden mit IGL in Verbindung gebracht); überdies enthält der Annex eine genaue Auflistung der Ziele / Maßnahmen und eine Zuordnung zu den entsprechenden IGL</li> </ul>
<b>Slowakei</b>	<p>NRP basiert auf <b>2 Säulen</b> („<i>pillars</i>“)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>finishing of structural reforms and maintenance of their results</li> <li>development of the knowledge economy</li> </ul> <p>NRP fokussiert auf die <b>Prioritätsbereiche der 4 Aktionspläne</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>education and human resources</li> <li>science, R&amp;D, and innovations</li> <li>information society</li> <li>business environment</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Februar 2005 hat die slowakische Regierung die „<i>National Competitiveness Strategy</i>“ angenommen, „<i>which is considered to be the National Lisbon Strategy</i>“; Zeithorizont: bis 2010</li> <li>zur Operationalisierung dieser Strategie wurden 4 separate Aktionspläne erarbeitet und im Juli 2005 von der slowakischen Regierung angenommen; die Titel der 4 Aktionspläne entsprechen den 4 Prioritätsbereichen der „<i>National Competitiveness Strategy</i>“, i. e. <ul style="list-style-type: none"> <li>education and human resources</li> <li>science, R&amp;D, and innovations</li> <li>information society</li> <li>business environment</li> </ul> </li> <li>„<i>The IGL (...) are promoted in the NRP indirectly, through the continuance of the started reform policy with focus on successful implementation of the started Slovak reforms.</i>“</li> <li>im Hauptberichtsteil wird im Rahmen der Beschreibung einzelner Maßnahmen oftmals ein Querverweis zur entsprechenden IGL gemacht</li> <li>Annex enthält eine tabellarische Übersicht, wie die Maßnahmen der 4 Aktionspläne der „<i>National Competitiveness Strategy</i>“ mit den IGL in Verbindung stehen (dabei werden den einzelnen IGL die Maßnahmen zugeordnet; überdies werden auch die anvisierten Ziele dargelegt)</li> </ul>
<b>Finnland</b>	<b>11 Schlüsselprioritäten</b> („ <i>key priorities</i> “) in den 3	<ul style="list-style-type: none"> <li>NRP basiert auf Regierungsprogramm und</li> </ul>



	<p>Hauptbereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• macro-economic priorities: economic stability and the sustainability of general government finances <ul style="list-style-type: none"> <li>- preparing for population ageing (IGL 2)</li> <li>- controlling public expenditure (IGL 1, 3, 6)</li> <li>- securing welfare services and the productivity of general government (IGL 3)</li> </ul> </li> <li>• micro-economic priorities: structural reforms to promote competitiveness and productivity <ul style="list-style-type: none"> <li>- knowledge and innovation (IGL 7, 8, 9)</li> <li>- promoting entrepreneurship (IGL 15)</li> <li>- creating better functioning and more competitive markets (IGL 13, 14)</li> <li>- improving information, communication and transport networks (IGL 9)</li> <li>- energy and climate policy that supports structural change and sustainable development (IGL 11)</li> </ul> </li> <li>• employment priorities: raising the employment rate and improving the functioning of the labour market <ul style="list-style-type: none"> <li>- extending labour market careers (IGL 18, 21, 23)</li> <li>- improving the incentives of tax and benefit systems and wage formation (IGL 4, 5, 22)</li> <li>- improving the balance between labour demand and supply (IGL 19, 20, 24)</li> </ul> </li> </ul>	<p>zahlreichen anderen finnischen Programmen / nationalen Budgetplänen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP hat 11 Schlüsselprioritäten, die alle zumindest mit einer der 24 IGL in Verbindung stehen; es ist auch möglich, dass eine IGL durch Maßnahmen verschiedener Schlüsselprioritäten betroffen ist</li> <li>• Finnland nimmt auch Bezug auf die länderspezifischen Empfehlungen der beschäftigungspolitischen Leitlinien und Grundzüge der Wirtschaftspolitik</li> <li>• auch Maßnahmen die unter jene IGL fallen, die nicht durch Schlüsselprioritäten angesprochen werden, werden behandelt</li> <li>• im Annex 1 ist eine genaue tabellarische Darstellung enthalten, in der jeder einzelnen IGL die entsprechenden Maßnahmen (die im Hauptberichtsteil zur Zielerreichung dargestellt wurden) zugeordnet sind (überdies enthalten in dieser Tabelle ist eine Beschreibung der aktuellen Situation und die anvisierten Ziele)</li> </ul>
<b>Schweden</b>	keine Schwerpunktsetzung; Darstellung der (bereits umgesetzten oder geplanten) Maßnahmen gem. 24 IGL	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NRP „sets out the Government's priorities for 2005 to 2008 and presents the Government's policy initiatives implemented or planned for the period“</li> <li>• (bereits umgesetzten oder geplanten) Maßnahmen werden entsprechend der Strukturierung der IGL (Dreiteilung + 24 IGL) dargestellt</li> </ul>
<b>Großbritannien</b>	<p>Gliederung / <b>3 Hauptbereiche</b> der Reformmaßnahmen gem. Dreiteilung der IGL:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• macroeconomic policies for jobs and growth: maintaining macroeconomic stability (by meeting Government's fiscal rules, establishing world-class public services and continuing to ensure long-term fiscal sustainability and addressing the challenges of an aging population)</li> <li>• promoting productivity growth: strengthening the 5 drivers of productivity (competition, enterprises, science&amp;innovation, skills and investment; in addition: use of ICT)</li> <li>• increasing employment opportunity for all</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• GB hebt klar hervor, dass vor dem Hintergrund der IGL die MS die Möglichkeit haben, ihre eigenen Schwerpunktbereiche zu definieren</li> <li>• GB hat zum großen Teil bereits umgesetzte bzw. geplante Maßnahmen dargestellt, ohne dabei in der Strukturierung der Darstellung offensichtlich auf die IGL einzugehen</li> </ul>

Tabelle 2: Empfehlungen der EK an die MS (Fortschrittsbericht, Dezember 2006)

Mitgliedstaat und „Stand der Implementierung“	Empfehlung der EK für länderspezifische Empfehlungen des Rates (vom 12. Dez. 2006)	Anzahl der länderspez. Empfehlungen	Bemühungen des MS in den 4 Bereichen für vorrangige Maßnahmen des ER 2006, die bis Ende 2007 abgeschlossen sein sollten	Schlüsselbereiche, in denen die Fortschritte eingehend überwacht werden sollen („points to watch“)
<b>Belgien</b> - „gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abgabenbelastung des Faktors Arbeit senken; weitere Verbesserung der öffentlichen Finanzen</li> <li>Verringerung des regionalen Gefälles der Arbeitslosigkeit</li> </ul>	2	„Belgien hat verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht...“	<ul style="list-style-type: none"> <li>langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen</li> <li>Emissionssenkung</li> <li>Wettbewerb auf Gas- und Strommärkten</li> <li>Hebung der Beschäftigungsquote Älterer und benachteiligter Gruppen</li> </ul>
<b>Tschechische Republik</b> - „nur begrenzte Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform der Pensions- und Gesundheitssysteme im Hinblick auf die Verbesserung der Nachhaltigkeit der Finanzen</li> <li>Zusammenarbeit zw. privaten und öffentlichen F&amp;E-Einrichtungen verbessern; öffentl. F&amp;E-Investitionen erhöhen</li> <li>Beschäftigungsschutz und Steuer- und Leistungssysteme modernisieren; Bildungs- und Ausbildungssysteme verbessern; Anreize schaffen, in die Ausbildung von Älteren und Geringqualifizierten zu investieren</li> </ul>	3	„Fortschritte ... sind ungleich“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserung des Patentsystems / Schutz der IPR</li> <li>Fortschritte im IKT-Bereich</li> <li>Verringerung der Verwaltungslasten für Unternehmen</li> <li>Zugang zu Finanzmitteln für innovative Unternehmen</li> <li>Verbindung zw. in- und ausl. Unternehmen</li> <li>Aufnahme des Unterrichts in Unternehmensführung in Lehrpläne</li> <li>bessere Arbeitsmarktintegration benachteiligter Gruppen</li> <li>Abbau regionaler Beschäftigungsungleichgewichte</li> <li>bessere Abstimmung von Arbeits- und Familienleben</li> <li>Abbau des Lohngefälles zw. Geschlechtern</li> <li>aktives Altern</li> </ul>
<b>Dänemark</b> - „sehr gute Fortschritte“		0	„sehr gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhöhung des mittelfristigen Arbeitsangebots bis 2015, inkl. Ältere und Immigranten</li> <li>Reform des Wettbewerbsrechts</li> <li>besseres Funktionieren der Strom- und Gasmärkte</li> <li>Emissionssenkung</li> <li>Verbesserung der Primär- und Sekundärausbildung; Erhöhung der Zahl der Absolventen der Sekundarstufe II und Hochschulbildung</li> </ul>
<b>Deutschland</b> - „alles in allem gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau; Reform im Gesundheitsbereich und Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen</li> <li>verbesserter Wettbewerb auf Güter- und Dienstleistungsmärkten, insbes. betr. freie Berufe gegen strukturelle Arbeitslosigkeit vorgehen; besserer Zugang zu Qualifikation; Reform des Steuer- und Sozialsystems; effektivere</li> </ul>	3	„... kommt den Verpflichtungen ... im Großen und Ganzen gut nach.“	<ul style="list-style-type: none"> <li>effizienteres Gesundheitssystem</li> <li>verbesserte Verfahren betr. öffentl. Beschaffungswesen</li> <li>Beseitigung von Wettbewerbsbarrieren im Schienenverkehr und bei Gas- und Stromnetzen</li> <li>Unternehmensgründungsprozess beschleunigen + Anstellung des ersten Arbeitnehmers vereinfachen</li> <li>Verbesserung des Lebenslangens Lernens</li> <li>verstärkte Bereitstellung von Kindertagesstätten</li> </ul>

Estland - „sehr gute Fortschritte“	Arbeitsvermittlung	0	„sehr gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bei F&amp;E- und Innovationsausgaben verbesserte interministerielle Zusammenarbeit</li> <li>• intensivere Umsetzung der F&amp;E-Ergebnisse und Innovationen</li> <li>• engere Zusammenarbeit zw. Universitäten und Unternehmen</li> <li>• Umsetzen einer offensiven Wettbewerbspolitik</li> <li>• Flexibilität im Arbeitsmarkt verbessern</li> <li>• Qualifikationsstand erhöhen (Reformen im Bildungswesen; lebenslanges Lernen)</li> </ul>
<b>Griechenland</b> - „nur begrenzt Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau; Zeitplan für Pensionsreform im Hinblick auf Verbesserung der langfr. fiskalischen Tragfähigkeit</li> <li>• Modernisierung der öffentl. Verwaltung</li> <li>• Modernisierung des Beschäftigungsschutzes; Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit; in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen intensivieren; Flexibilität und Sicherheit fördern; Schwarzarbeit verringern</li> <li>• Maßnahmen im Bildungsbereich (Pflichtschulbereich, lebenslanges Lernen, weniger Schulabbrecher)</li> </ul>	4	„Verpflichtungen ist man zum Teil nachgekommen“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forschungs- und Innovationsstrategie, Steigerung der F&amp;E-investitionen</li> <li>• Umsetzung von Binnenmarkttrichtlinien</li> <li>• wirksame Nutzung von Strukturfonds</li> <li>• KMU-Politik entspr. ER 2006</li> <li>• Beschäftigungsquote der Frauen heben</li> <li>• kohärente Strategie für aktives Altern</li> </ul>
<b>Spanien</b> - „gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Intensivierung des Wettbewerbs im Energiesektor</li> <li>• Modernisierung des Beschäftigungsschutzes; Flexibilität und Sicherheit erhöhen; Segmentierung entgegenwirken und Teilzeitarbeit attraktivieren</li> <li>• Umsetzung der Bildungsreform auch auf regionaler Ebene (weniger Schulabbrecher); Ausbildungssystem soll Bedürfnissen des Arbeitsmarktes besser gerecht werden</li> </ul>	3	„gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• mittelfristige Eindämmung der Inflation</li> <li>• Erhöhung des Wettbewerbs bei freien Berufen und Einzelhandel</li> <li>• Verbesserung des Regelungsrahmens</li> <li>• Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen</li> <li>• Erhöhung des Bildungsniveaus und der Produktivität</li> <li>• Verbesserung des Zugangs zu Kinderbetreuung</li> <li>• Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt</li> <li>• Entwicklung auf Immobilienmarkt</li> </ul>
<b>Frankreich</b> - „sichere Fortschritte“ / „gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau im Hinblick auf Tragfähigkeit der öffentl. Finanzen</li> <li>• Intensivierung des Wettbewerbs in den Bereichen Gas, Strom, Schienengüterverkehr</li> <li>• Modernisierung des Beschäftigungsschutzes; Flexibilität und Sicherheit fördern; Segmentierung entgegenwirken</li> </ul>	3	„sichere Fortschritte“ / „gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schuldenstand abbauen</li> <li>• Wettbewerb in regulierten Berufen verstärken</li> <li>• Verbesserung der Rechtssetzung und Unternehmensförderung; Unterstützung von Jungunternehmen; Förderung des Unternehmergeists</li> </ul>
<b>Irland</b> - „sehr gute Fortschritte“		0	„sehr gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reform der Altersversorgungsregelung</li> <li>• Schadstoffreduzierung</li> <li>• Steigerung der Erwerbsbeteiligung (insbes. durch Aufbau einer umfassenden Kinderbetreuungsinfrastruktur und Weiterentwicklung einer geeigneten Zuwanderungspolitik)</li> </ul>

<p><b>Italien</b> - „klare/e Strategie ... ehrgeiziger“ als NRP</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (Haushaltssolidierung rigoros fortsetzen, Schuldenquote abbauen, Pensionsreform umsetzen)</li> <li>• Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten</li> <li>• regionale Unterschiede in Beschäftigung abbauen (Schwarzarbeit bekämpfen, Kinderbetreuung ausbauen)</li> <li>• Strategie für lebenslanges Lernen</li> </ul>	<p>4</p>	<p>„vereinbarte Verpflichtungen waren durchwachsen“ (ER-SF: „unterschiedlich groß“)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zwischenziel für F&amp;E bis 2010</li> <li>• Überwachung der Entwicklung auf Wohnungsmarkt</li> <li>• F&amp;E</li> <li>• Verbesserung der Tragfähigkeit des Gesundheitssystems</li> <li>• Verbesserung der Infrastruktur</li> <li>• System zur Folgenabschätzung von Rechtsvorschriften</li> </ul>
<p><b>Zypern</b> - „gute Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reformen des Pensions- und Gesundheitssystems (Verbesserung der langfr. Nachhaltigkeit)</li> <li>• Förderung des lebenslangen Lernens; Reformen des Bildungssystems</li> </ul>	<p>2</p>	<p>„gute Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Risikokapitalinvestitionen</li> <li>• Belebung des Wettbewerbs im Bereich der freien Berufe</li> </ul>
<p><b>Lettland</b> - „Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachhaltigkeit des Staatshaushalts gewährleisten</li> <li>• Reformen im F&amp;E-Bereich und Innovationen vorantreiben; insbes. Kooperationen zw. Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen</li> <li>• Erweiterung des Arbeitsangebots und Erhöhung der Produktivität; Ausbildungssysteme stärker auf den Bedarf des Arbeitsmarktes ausrichten; System des lebenslangen Lernens</li> </ul>	<p>3</p>	<p>„weniger konsequent“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zentrale Anlaufstelle für Anstellung des ersten Arbeitnehmers</li> <li>• Förderung unternehmerischer Lehrinhalte</li> <li>• aktive Arbeitsmarktpolitik</li> <li>• Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots</li> </ul>
<p><b>Litauen</b> - „gute Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau des F&amp;E-Systems. Steigerung der Gesamtausgaben für F&amp;E</li> <li>• Erhöhung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften; lebenslanges Lernen; besondere Fördermaßnahmen für ältere Arbeitnehmer</li> </ul>	<p>2</p>	<p>„nur mäßige Fortschritte zu verzeichnen“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• makroökonomische Stabilität und Eindämmung der Inflation</li> <li>• Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen</li> <li>• Erleichterung von Unternehmensgründungen</li> <li>• Umweltschutz</li> <li>• Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher</li> <li>• Förderung unternehmerischer Lehrinhalte</li> <li>• Ausbau der Kinderbetreuungsrichtungen</li> <li>• Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz</li> </ul>
<p><b>Luxemburg</b> - „sehr gute Fortschritte“</p>		<p>0</p>	<p>„sehr gute Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer</li> <li>• Strategie für Eindämmung von Frühpensionen</li> <li>• Kampf gegen Schulabbruch</li> <li>• Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit</li> <li>• Erhöhung der Attraktivität des wirtschaftlichen Umfelds, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Märkte, Umsetzung der Binnenmarktlinien, Stärkung der Tätigkeiten der KMU</li> </ul>
<p><b>Ungarn</b> - „nur“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung des Haushaltsdefizits und des</li> </ul>	<p>4</p>	<p>„begrenzte Fortschritte“</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reform des öffentlichen Forschungssystems;</li> </ul>

<b>begrenzte Fortschritte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schuldenstands Reform der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits-, Pensions- und Ausbildungssystems</li> <li>Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik; Einführung eines integrierten Beschäftigungs- und Sozialdienstleistungssystems</li> <li>Ausrichtung des Ausbildungssystems auf Erfordernisse des Arbeitsmarktes; ausreichende Zahl von Studienabschlüssen im wissenschaftlichen und technischen Bereich</li> <li>Intensivierung des Wettbewerbs, v. a. bei freien Berufen; Abbau staatlicher Beihilfen</li> <li>Ausweitung der Beschäftigung, insbes. von Frauen; Reduzierung der Schwarzarbeit; Arbeit wieder lohnender machen</li> <li>Arbeitsangebot (bei Älteren, Frauen und benachteiligten Gruppen) verbessern</li> <li>Anreize für Ältere, um länger im Erwerbsleben zu bleiben (Strategie für lebenslanges Lernen, insbes. berufliche Fortbildungsmaßnahmen); Reform der Steuer-Transfer-Systeme; Qualifikationen benachteiligter Jugendlicher verbessern</li> <li>haushaltspolitische Konsolidierung</li> <li>Wettbewerb in netzgebundenen Industriezweigen und bei Finanzdienstleistungen stärken</li> <li>Reform des staatlichen Forschungssektors; ausländische DI (mit mittlerem und hohem Technologisierungsgrad) stärker anziehen (um F&amp;E und Innovationen anzustoßen)</li> <li>Reform der staatl. Arbeitsvermittlung, um Effizienz und Niveau der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verbessern</li> <li>steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringern, lebenslanges Lernen, Ausrichtung des Ausbildungssystems auf Erfordernisse des Arbeitsmarktes</li> <li>öffentliche Ausgaben stärker in wachstumsfördernde Bereiche lenken</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Strategie für F&amp;E, Innovation und IKT</li> <li>Reduzierung und Neuausrichtung staatlicher Beihilfen</li> <li>Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen</li> <li>Verbesserung der Arbeitsmarktsituation benachteiligter Gruppen, Reduzierung der Schwarzarbeit</li> <li>Abbau regionaler Beschäftigungsungleichgewichte</li> <li>Strategie für lebenslanges Lernen</li> </ul>
<b>Malta - „gute Fortschritte“</b>		2	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform des Gesundheitswesens</li> <li>bessere Rechtssetzung</li> <li>genauere Berechnung der Ausgaben für F&amp;E</li> <li>Anbindung an europäische Energienetze</li> <li>Verbesserung des Bildungsgrads, Senkung der Schulabbruchquote, Anhebung der Beschäftigungsquote Älterer</li> </ul>
<b>Niederlande - „gute Fortschritte“</b>		1	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhöhung der F&amp;E-Ausgaben des privaten Sektors</li> <li>weitere Maßnahmen, um ER-SF-Verpflichtungen nachzukommen</li> <li>Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Gesamtwirtschaft erhöhen</li> </ul>
<b>Österreich - „gute Fortschritte“</b>		1	<ul style="list-style-type: none"> <li>2008 ausgeglichenen Haushalt erreichen</li> <li>Wettbewerb bei Dienstleistungen erhöhen</li> <li>unternehmerische Kultur stärken</li> <li>Emissionssenkung</li> <li>Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt (u. a. durch zusätzl. Kinderbetreuungsplätze) in Angriff nehmen</li> </ul>
<b>Polen - „nur begrenzte Fortschritte“</b>		5	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verkehrsinfrastruktur verbessern</li> <li>Umweltschutz stärken</li> <li>staatliche Beihilfen abbauen</li> <li>Energemärkte vollständig liberalisieren</li> <li>Verfahren für Unternehmenszulassungen beschleunigen</li> <li>für Gesamtinvestitionen in F&amp;E sollte ein realistisches Ziel für 2010 gesetzt werden</li> </ul>
<b>Portugal - „gute Fortschritte“</b>		3	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umsetzung des Technologieplans</li> <li>Verknüpfung zwischen Forschung und Industrie;</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildungsniveau junger Menschen erhöhen; Ausrichtung des Bildungssystems auf Erfordernisse des Arbeitsmarktes</li> <li>Modernisierung des Beschäftigungsschutzes; Sicherheit und Flexibilität fördern und Segmentierung des Arbeitsmarktes verringern</li> <li>Reform des Pensionssystem, aktives Altern fördern, Beschäftigungsquote Älterer erhöhen; langfristige Nachhaltigkeit erhöhen</li> <li>Arbeitsmarktdienste ausbauen; flexiblere vertragliche Vereinbarungen</li> </ul>	2	„Fortschritte ... eher begrenzt“	<ul style="list-style-type: none"> <li>stärkere Einbeziehung des privaten Sektors wirksamer Wettbewerb auf dem Energiemarkt und Markt für Finanzdienstleistungen</li> <li>Verringerung von Emissionen</li> <li>raschere Umsetzung der Binnenmarkttrichtlinien sozialen Zusammenhalt stärken</li> <li>realistische Ziele für F&amp;E-Investitionen festsetzen</li> <li>Verbesserung der Effizienz des neuen Büros für Wachstumförderung und der slowenischen Technologieagentur</li> <li>Stärkung des Rechtsrahmes für IPR</li> <li>mehr Wettbewerb, insbes. bei freien Berufen</li> <li>Förderung von Umwelttechnologien und Energieeffizienz</li> <li>Reduzierung des Aufwandes für Unternehmensgründungen</li> <li>stärkere Verbindung zw. Bildungssystem und Arbeitsmarkt</li> <li>Verringerung der Segmentierung des Arbeitsmarktes</li> </ul>
<b>Slowenien</b> - „gute Fortschritte“				
<b>Slowakei</b> - „Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>F&amp;E- und Innovationsstrategie; Verbindungen zw. Wirtschaft und Forschung</li> <li>Strategie für lebenslanges Lernen; Ausrichtung des Bildungssystems auf Erfordernisse des Arbeitsmarktes; Reform des Hochschulwesens</li> <li>aktive Arbeitsmarktpolitik (v. a. für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen und zur Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit)</li> </ul>	3	„gemischtes Bild“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbreitung von IKT und Ausbau von Breitbandinfrastruktur</li> <li>Verbesserung des Rechtsetzungssystems</li> <li>Abbau des Lohngefälles zw. Männern und Frauen</li> <li>Strategie für aktives Altern</li> </ul>
<b>Finnland</b> - „sehr gute Fortschritte“		0	„kommt Verpflichtungen ... generell in hohem Maße nach“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Steigerung des Wettbewerbs und der Produktivität im Dienstleistungssektor</li> <li>Vereinfachung der Einstellungsverfahren für Unternehmen, insbes. des ersten Beschäftigten</li> <li>Förderung lokaler Lohntarifverhandlungssysteme sowie Vermeidung von Engpässen am Arbeitsmarkt (insbes. zur Verbesserung der Situation Jugendlicher und Langzeitarbeitsloser)</li> </ul>
<b>Schweden</b> - „sehr gute Fortschritte“		0	„Verpflichtungen werden größtenteils abgehandelt“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wettbewerb, v. a. im Dienstleistungssektor, intensivieren</li> <li>Verbesserungen des Folgenabschätzungssystems und bessere Rechtssetzung</li> <li>Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (u. a. Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von jungen Migranten)</li> <li>Arbeitsmarktintegration von Personen, die krankheitsbedingte Leistungen erhalten</li> </ul>
<b>Vereinigtes Königreich</b> - „gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kompetenzen mittleren Niveaus erhöhen, um Produktivität zu steigern;</li> </ul>	1	„gute Fortschritte“	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pensionsreform</li> <li>angespannte Lage bei Immobilienpreisen verbessern</li> </ul>

<i>Fortschritte</i>	Beschäftigungsaussichten für benachteiligte Personengruppen verbessern			<ul style="list-style-type: none"> <li>Wissenschafts- und Innovationsstrategie umsetzen</li> <li>mittelfristiges Ziel für 2010 setzen und Maßnahmen ergreifen, um Innovations- und Investitionsbereitschaft des privaten Sektors im F&amp;E-Bereich zu erhöhen</li> <li>Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots</li> <li>MS des Euroraums sind aufgefordert, ihre politische Zusammenarbeit zu intensivieren und Steuerung des Euroraums zu stärken, insbes. im Rahmen der Euro-Gruppe</li> </ul>
<b>Euroraum</b> - „in vielen MS des Euroraums werden (z. T. substantielle) Fortschritte erzielt“	<ul style="list-style-type: none"> <li>gute konjunkturelle Lage für Haushaltskonsolidierung nutzen</li> <li>Maßnahmen zur Förderung von mehr Wettbewerb, insbes. im DL-Sektor; vollständige Integration der Finanzmärkte; Wettbewerb bei Retail-Finanzdienstleistungen</li> <li>mehr Flexibilität und Sicherheit auf Arbeitsmärkten, u. a. durch bessere Angleichung von Lohn- und Produktivitätsentwicklung, Modernisierung des Kündigungsschutzes, Förderung der Arbeitskräftemobilität</li> </ul>	3		
<b>Summe der länderspezifischen Empfehlungen an MS</b>		<b>51</b>		

Tabelle 3: Quantitative und qualitative Beschlüsse auf den Europäischen Frühjahrsräten seit 2000

Zeitpunkt	Schwerpunkte / prioritäre Maßnahmenbereiche	Procedere / Governance	Quantitative Zielsetzungen
ER 2000 (Lissabon) PT Präs.	<p><b>Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt</b> - Ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vorbereitung des Übergangs zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine Informationsgesellschaft für alle</li> <li>- Schaffung eines europäischen Raums der Forschung und Innovation</li> <li>- Schaffung eines günstigen Umfelds für die Gründung und Entwicklung innovativer Unternehmen, insbesondere von KMU</li> <li>- Wirtschaftsreformen für einen vollendeten und einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt</li> <li>- Effiziente und integrierte Finanzmärkte</li> <li>- Koordinierung der makroökonomischen Politik; Haushaltskonsolidierung, Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen</li> </ul> </li> <li>• <b>Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells durch Investitionen in die Menschen und Aufbau eines aktiven Wohlfahrtsstaates</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildung und Ausbildung für das Leben und Arbeiten in der Wissensgesellschaft</li> <li>- Mehr und bessere Arbeitsplätze für Europa: Entwicklung einer aktiven Beschäftigungspolitik</li> <li>- Modernisierung des sozialen Schutzes</li> <li>- Förderung der sozialen Integration</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>kein neuer Prozess</b> erforderlich; die bestehenden „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ und die „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ sowie der Luxemburg-, der Cardiff- und der Köln-Prozess bieten die erforderlichen Instrumente</li> <li>• Einführung einer neuen <b>offenen Methode der Koordinierung</b> (OMC) auf allen Ebenen, gekoppelt an eine stärkere Leitungs- und Koordinierungsfunktion des <b>Europäischen Rates</b> (ER)</li> <li>• OMC als Mittel zur <b>Verbreitung von bewährten Praktiken</b> und Herstellung einer größeren Konvergenz in Bezug auf die wichtigsten Ziele der EU</li> <li>• OMC: Festlegung von Leitlinien für die EU, inkl. Zeitplan für Zielerreichung; ggfalls Festlegung von Indikatoren und Benchmarks als Mittel für den Vergleich; Umsetzung der europäischen Leitlinien in nationale und regionale Politiken durch Entwicklung konkreter Ziele; regelmäßige Überwachung und gegenseitige Prüfung</li> <li>• OMC soll kohärentere strategische Leitung und eine effektive Überwachung der Fortschritte gewährleisten;</li> <li>• <b>zentrale Rolle</b> hierbei <b>des ER</b></li> <li>• <b>ER</b> wird <b>jährlich im Frühjahr</b> über Wirtschafts- und Sozialfragen tagen und Mandate festlegen, dass Folgemaßnahmen ergriffen werden</li> <li>• ER ersucht die EK, anhand von <b>Strukturindikatoren</b> jährlich einen <b>Synthesebericht</b> über die Fortschritte zu erstellen</li> <li>• stärkere Einbeziehung der <b>Sozialpartner</b> in die Erarbeitung, Umsetzung und Weiterverfolgung der <b>beschäftigungspolitischen Aktionspläne</b></li> <li>• im Einklang mit Subsidiaritätsprinzip - <b>dezentraler Ansatz</b>; Mitwirkung zahlreicher Stakeholder</li> </ul>	<p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen, folgende konkret quantifizierte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zugang zu Internet und Multimedia-Material an allen Schulen</b> bis Ende 2001 / inkl. entsprechender Schulungen der Lehrer bis Ende 2002</li> <li>• Schritte unternehmen, dass bis 2003 öffentliche <b>Aufträge</b> der Gemeinschaft und der Regierungen <b>elektronisch abgewickelt</b> werden können</li> <li>• Zahl der <b>18- bis 24-jährigen</b>, die lediglich über einen Abschluss der <b>Sekundarstufe I</b> verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, bis 2010 halbiert werden</li> <li>• <b>Gesamtbeschäftigungsquote</b> bis 2010 möglichst nahe an 70% heranzuführen; Beschäftigungsquote der <b>Frauen</b> auf über 60% bis 2010 anheben; unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausgangslage sollten MS die Festlegung nationaler Ziele prüfen</li> </ul>
ER 2001 (Stockholm) SE Präs.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vollbeschäftigung in einer wettbewerbsfähigen Union</b></li> <li>• <b>Mehr und bessere Arbeitsplätze - Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildung, Ausbildung und Höherqualifizierung</li> <li>- Mobilität von Arbeitnehmern auf neuen offenen europäischen Arbeitsmärkten</li> </ul> </li> <li>• <b>Beschleunigung der Wirtschaftsreform</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Verbesserung der Verfahren</b>, damit die <b>Frühjahrstagung</b> des ER zu der zentralen Veranstaltung für eine <b>jährliche Prüfung von Wirtschafts- und Sozialfragen</b> wird</li> <li>• <b>Rolle der Sozialpartner</b> bei der Gestaltung des Wandels wird hervorgehoben</li> <li>• <b>Strategie für eine nachhaltige Entwicklung</b> (inkl.</li> </ul>	<p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen, folgende konkret quantifizierte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zwischenziele für Beschäftigungsquoten</b>: bis Jänner 2005 insgesamt 67%; weibliche Bevölkerung 57%</li> <li>• Steigerung der durchschnittlichen EU-</li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausschöpfung des Binnenmarktpotentials</li> <li>- Finanzdienstleistungen und Risikokapital</li> <li>- Förderung eines effektiven Wettbewerbs</li> <li>- Steuerfragen</li> <li>- Förderung unternehmerischer Initiative</li> <li>• <b>Modernisierung des Europäischen Sozialmodells</b></li> <li>- Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze</li> <li>- Förderung der sozialen Eingliederung</li> <li>- Soziale Verantwortung der Unternehmen</li> <li>- Sichere und nachhaltige soziale Sicherungssysteme</li> <li>• <b>Nutzung der neuen Technologien</b></li> <li>- eEurope</li> <li>- Forschung und Innovation</li> <li>- Spitzentechnologien, insbesondere Biotechnologie</li> </ul>	<p>Umweltdimension) soll auf der Juni-Tagung des ER in Göteborg angenommen werden; sie wird die im Rahmen der Lissabon-Strategie eingegangenen politischen Verpflichtungen ergänzen und auf ihr aufbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ER unterstützt vor dem Hintergrund der Vereinfachung der Verfahren die Absicht der EK, dass ihr jährlicher Synthesebericht die Hauptbestandteile der anderen Beiträge (der Fachräte) enthält; <b>Synthesebericht</b> wird spätestens Ende Jänner vorliegen und die wichtigste Grundlage für die Vorbereitungsarbeiten des ER bilden</li> </ul>	<p><b>Beschäftigungsquote Älterer</b> (d.h. zw. 55 und 64) bis 2010 auf 50%</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Umsetzungsziel</b> von Richtlinien über den Binnenmarkt in nationales Recht von 98,5%</li> </ul>
<p><b>ER 2001 (Göteborg)</b> SE Präs.</p>	<p>Zur Strategie von Lissabon für Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialen Zusammenhalt wird die Umweltdimension hinzugefügt - <b>Nachhaltigkeitsstrategie</b></p>		
<p><b>ER 2002 (Barcelona)</b> ES Präs.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Aufrechterhaltung der Dynamik für langfristige Strategie</b></li> <li>- Abstimmung der Wirtschaftspolitiken</li> <li>- Nachhaltige Entwicklung</li> <li>- Günstigere Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>- Stärkung des sozialen Zusammenhalts: die Sozialagenda</li> <li>• <b>Vorrangige Maßnahmen in drei umfassenden Bereichen</b></li> <li>- aktive Vollbeschäftigungspolitik: mehr und bessere Arbeitsplätze <ul style="list-style-type: none"> <li>o verstärkte Beschäftigungsstrategie</li> <li>o Förderung der Qualifikationen und der Mobilität in der Europäischen Union</li> </ul> </li> <li>- Wirtschaftliche Verflechtung in Europa <ul style="list-style-type: none"> <li>o Finanzmärkte</li> <li>o Integration der europäischen Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze</li> <li>o öffentliche Dienste von hoher Qualität</li> </ul> </li> <li>- Wettbewerbsfähige, wissensbasierte Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> <li>o Bildung</li> <li>o Forschung und Spitzentechnologien</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• es gab wichtige Erfolge, aber Fortschritte in einigen Bereichen zu langsam; <b>Strategie deshalb vereinfachen und konsolidieren</b>, um effektivere Umsetzung zu gewährleisten („Der Schwerpunkt muss auf Maßnahmen liegen, die der Umsetzung dienen, nicht auf der alljährlichen Ausarbeitung von Leitlinien“)</li> <li>• <b>Halbzeitprüfung der Luxemburger-Beschäftigungsstrategie</b> (Anpassung, Vereinfachung, Verringerung der Leitlinien, Angleichung des Zeitrahmens an Lissabon-Fristen, Stärkung der Rolle der Sozialpartner)</li> <li>• einestmögliche Synchronisierung der Zeitpläne für die Festlegung der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ und des jährlichen Beschäftigungspaketes</li> </ul>	<p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen (insbes. in Bezug auf Integration der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze), folgende konkret quantifizierte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• mittelfristiges Ziel: nahezu <b>ausgeglichenen Haushalt oder Überschuss</b> spätestens 2004</li> <li>• bis 2006: EU-Durchschnittswert von 0,39% des BIP für öffentliche <b>Entwicklungshilfe</b>; alle MS sind bestrebt, mind. 0,33% bis 2006 zu erreichen</li> <li>• <b>Umsetzungsziel</b> von 100% bei Richtlinien, deren Umsetzung bereits mehr als 2 Jahre überfällig ist, bis ER-Frühjahrstagung 2003</li> <li>• Angebot an <b>Kinderbetreuungs-einrichtungen</b> bis 2010 erhöhen auf mind. 90% für Kinder zw. 3 Jahren und dem Schulpflichtalter sowie auf mind. 33% für Kinder unter 3 Jahren</li> <li>• Durchschnittsalter bei <b>Beendigung des Arbeitslebens</b> sollte bis 2010 um etwa 5 Jahre steigen</li> <li>• <b>Elektrizitätsverbund / länderüber-</b></li> </ul>

<p><b>ER 2003 (Brüssel)</b> EL Präs.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Teil I - Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserem Europa - Prioritätensetzung:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Beschäftigung und größerer sozialer Zusammenhalt</li> <li>- Vorrang für Innovation und unternehmerische Initiative</li> <li>- Europa im Verbund - Stärkung des Binnenmarktes</li> <li>- Umweltschutz im Dienste von Wachstum und Beschäftigung</li> </ul> </li> <li>• <b>Teil II - Verwirklichung unserer Ziele - Beschlüsse und Maßnahmen in den nächsten 12 Monaten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsreformen zur Steigerung des Wachstums- potentials in Europa                             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Förderung der Unternehmen und der unternehmerischen Initiative</li> <li>o Europa im Verbund - Verwirklichung und Ausweitung des Binnenmarktes am Vorabend der Erweiterung</li> <li>o Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft</li> </ul> </li> <li>- Modernisierung des europäischen Sozialmodells                             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Mehr und bessere Arbeitsplätze für alle</li> <li>o Solidarität und sozialer Zusammenhalt</li> </ul> </li> <li>- Gewährleistung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung                             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Umkehr bei den mit dem Nachhaltigkeitsprinzip unvereinbaren Trends</li> <li>o Sicherheit des Seeverkehrs</li> </ul> </li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beginn der Mitwirkung der 10 neuen MS bei der OMC und der Lissabon-Strategie</li> <li>• Einsetzung einer europäischen <b>Task-Force</b> „<b>Beschäftigung</b>“ unter Leitung von Wim Kok</li> <li>• <b>neue Ratsformation „Wettbewerbsfähigkeit“:</b> übergreifende Aufgabe der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum; Behandlung von Querschnittsthemen und sektorbezogenen Fragen; ergänzt Arbeit des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister</li> <li>• <b>dreijähriger Zyklus der beschäftigungspolitischen Leitlinien:</b> sollen in kohärenter Weise mit den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ ineinander greifen; sollen entsprechend nationaler Traditionen und Gepflogenheiten kombiniert werden</li> <li>• ER begrüßt Einrichtung eines <b>Dreigliedrigen Sozialpfeils für Wachstum und Beschäftigung</b></li> </ul>	<p><b>greifende Leitungskapazität</b> i. d. h. v. mind. 10% der installierten Produktionskapazität der MS bis 2005</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gesamtausgaben für F&amp;E und für Innovation</b> auf nahezu <b>3% des BIP</b> bis 2010 erhöhen (wobei <b>2 Drittel von Privatwirtschaft</b> finanziert werden sollten)</li> </ul> <p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen (insbes. in Bezug auf Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie im Umwelt- und Energiebereich), folgende konkret quantifizierte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ER ersucht MS um schnellere Fortschritte in Bezug auf <b>Kyoto-Ziele</b>, inkl. Erhöhung des <b>Anteils an erneuerbaren Energien</b> bis 2010 auf 12% des Primärenergiebedarfs und auf 22% des Strombedarfs</li> <li>• Festlegung nationaler Richtziele, die mit dem Referenzwert von 5,75% für den <b>Einsatz von Biokraftstoffen</b> zu <b>Transportzwecken</b> für 2010 im Einklang stehen</li> </ul>	<p><b>ER 2004 (Brüssel)</b> IE Präs.</p>	<p><b>2 Themen stehen im Mittelpunkt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Nachhaltiges Wachstum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Solide makroökonomische Politik</li> <li>- Wettbewerbsfähigkeit und Innovation                             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Vollendung des Binnenmarktes</li> <li>o Bessere Rechtssetzung</li> <li>o Das F&amp;E-Ziel erreichen</li> </ul> </li> <li>- Sozialer Zusammenhalt als zentrales Anliegen</li> <li>- Ökologisch nachhaltiges Wachstum</li> </ul> </li> <li>• <b>Mehr und bessere Arbeitsplätze</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte</li> </ul> </li> </ul>	<p>ER stellt fest, „dass es nunmehr entscheidend darum geht, die bereits eingegangenen Verpflichtungen besser umzusetzen. Um der <b>Glaubwürdigkeit des Prozesses</b> willen muss das <b>Reformtempo auf der Ebene der MS erhöht werden. Dies erfordert eine verstärkte Überwachung der einzelstaatlichen Leistungen (...)</b>.“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorrang muss jenen politischen Aspekten gegeben werden, die zu <b>mehr Wachstum und Beschäftigung</b> beitragen</li> <li>• ER beschließt <b>Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie</b> (Stand der Umsetzung); diese soll auch</li> </ul>	<p>zahlreiche nicht näher quantifizierte Zielformulierungen</p>
--	--	--	---	--	--	--	---

<p><b>ER 2005 (Brüssel)</b> LUX Präs.</p>	<p><b>Halbzeitprüfung - Lissabon „Neu“ = Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung</b> <b>Schwerpunkte der Neubelebung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissen und Innovation - Triebkräfte für nachhaltiges Wachstum</li> <li>• Ein attraktiver Raum für Investitionen und Arbeit</li> <li>• Wachstum und Beschäftigung im Dienste des sozialen Zusammenhalts</li> </ul>	<p>Möglichkeiten für eine Verbesserung der Methode zum Inhalt haben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ER ersucht EK um Einsetzung einer <b>hochrangigen Gruppe unter dem Vorsitz von Wim Kok</b>; diese Gruppe soll eine unabhängige Prüfung vornehmen</li> <li>• ER ruft die MS auf, <b>Reformpartnerschaften</b> ins Leben zu rufen (inkl. Sozialpartner, Zivilgesellschaft, Behörden); sie sollen bei der Erstellung der nationalen Beiträge zur Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie berücksichtigt werden</li> <li>• „Neben nicht zu leugnenden Fortschritten gibt es Schwachstellen und deutliche Rückstände.“</li> <li>• Lissabon-Strategie braucht neue Impulse;</li> <li>• <b>Fokus auf Wachstum und Beschäftigung</b>; Synergiepotential der drei Dimensionen (Wirtschaft, Soziales, Umwelt) der Lissabon-Strategie besser nutzen; stärkere Einbeziehung / Verantwortung der <b>Mitgliedstaaten</b>; Rationalisierung des Beobachtungsverfahrens zur besseren Erfassung der Anwendung der Strategie auf nationaler Ebene; d.h. neue Politikgestaltung auf Grundlage von <b>Partnerschaft</b> und Eigenverantwortung</li> <li>• Neuansatz beruhend auf <b>3-Jahreszyklus</b> (2005-2008; 2008-2010); Ausgangspunkt „Strategiebericht“ der EK; Erneuerung nach 3 Jahren</li> <li>• <b>Integrierte Leitlinien</b> (bestehend aus „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ und „beschäftigungspolitischen Leitlinien“)</li> <li>• Erstellung „nationaler Reformprogramme“ (NRP entsprechend MS-Besonderheiten)</li> <li>• Ernennung „nationaler Lissabon-Koordinatoren“</li> <li>• im Sinne des partnerschaftlichen Ansatzes stärkere <b>Einbeziehung</b> relevanter Stakeholder</li> <li>• „Lissabon-Programm der Gemeinschaft“ als Ergänzung zu nationalen Reformprogrammen</li> <li>• bestehende <b>multilaterale Überwachungsverfahren</b> gelten weiter</li> </ul>	<p>zahlreiche nicht näher quantifizierte Zielformulierungen</p>
<p><b>ER 2006 (Brüssel)</b> AT Präs.</p>	<p><b>Vier spezifische Bereiche für vorrangige Maßnahmen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr Investitionen in Wissen und Innovation</li> <li>• Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbes. von kleinen und mittleren Unternehmen</li> <li>• Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für prioritäre Bevölkerungsgruppen</li> <li>• Energiepolitik</li> </ul>	<p>nachdem NRPs vorliegen, „muss Dynamik beibehalten werden, indem für wirksame, rechtzeitige und umfassende Umsetzung gesorgt wird“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ER ruft MS auf, bis Herbst 2006 <b>Fortschrittsberichte</b> vorzulegen; dabei sollen die vier auf dem ER 2006 beschlossenen <b>vier spezifischen Bereiche für vorrangige Maßnahmen</b> besondere Berücksichtigung finden</li> </ul>	<p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielsetzungen in den vier spezifischen Bereichen, folgende konkret quantifizierte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekenntnis sämtlicher MS zu <b>nationalen Zielen betr. F&amp;E-Ausgaben in % des BIP</b> (Tabelle im Annex der ER-Schlussfolgerungen)</li> </ul>

<p><b>ER 2007 (Brüssel)</b> DE Präs.</p>	<p><b>Energiepolitik für Europa - drei Hauptziele</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Versorgungssicherheit</li> <li>• Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>• Förderung der Umweltverträglichkeit</li> </ul> <p><b>Aufrechterhaltung der Dynamik in allen Bereichen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewährleistung solider und langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen</li> <li>• Vollendung des Binnenmarktes und Förderung von Investitionen</li> <li>• Förderung des sozialen Zusammenhalts</li> <li>• Umweltverträgliches Wachstum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• konkrete Zielvorgaben und Zeitpläne sind nützlich Instrument, um die Durchführung der geplanten Reformen zu beschleunigen</li> <li>• Aufruf an die EK, in ihrem Bericht für die Frühjahrstagung 2007 des ER über die Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen der NRPs besonders auf die vorrangigen Maßnahmen einzugehen und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen, die erforderlich sein könnten, vorzuschlagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bis 2007 Einrichtung einer <b>zentralen Anlaufstelle für Unternehmensgründung</b> in den MS; bis 2007: Reduzierung der <b>Unternehmensgründungsdauer auf max. 1 Woche</b>; Beteiligung von nicht mehr als einer öffentlichen Verwaltungsstelle bei der Einstellung des ersten Arbeitnehmers</li> <li>• Beschäftigungslage in Europa bis 2010 <b>jährlich um mind. 2 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze</b> verbessern</li> <li>• bis 2010 <b>Anteil der Schulabbrecher</b> auf 10% senken; mind. 85% der 22-jährigen sollten bis 2010 eine <b>Ausbildung im Sekundarbereich II</b> absolviert haben; bis Ende 2007; jedem arbeitslosen Schulabgänger sollte innerhalb von 6 Monaten eine Arbeitsstelle, Lehrstelle, Weiterbildung oder eine andere berufsvorbereitende Maßnahme angeboten werden; bis 2010: Frist auf 4 Monate verkürzen</li> <li>• Steigerung der <b>Energieeffizienz</b> unter Berücksichtigung des (von der EK geschätzten) Energieeinsparungspotentials der EU von 20% bis 2020</li> <li>• <b>Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien um 15%</b> und <b>des Anteils der Biokraftstoffe um 8%</b> bis 2015</li> </ul>
<p><b>ER 2007 (Brüssel)</b> DE Präs.</p>	<p>Damit die <b>dringendste Aufgaben</b> in Angriff genommen werden, ... weiter daran zu arbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, bessere Rahmenbedingungen für Innovation und mehr Investitionen in F&amp;E zu schaffen, qualitativ hochwertige Beschäftigung zu fördern und sozialen Zusammenhalt zu verbessern</li> <li>• Agenda „Bessere Rechtssetzung“ verstärkt voranzutreiben, um ein dynamischeres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen</li> <li>• nachhaltige integrierte europäische Klimaschutz- und Energiepolitik zu entwickeln</li> </ul> <p>SF in <b>drei größere Kapitel</b> gegliedert, i. e.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung</b></li> <li>• Wachstum- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ER billigt <b>länderspezifische Empfehlungen</b> für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der MS und des Euroraums</li> <li>• ER ersucht die EK im Hinblick auf ihren Vorschlag für „<b>Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2008-2011)</b>“ im Herbst 2007 einen Zwischenbericht vorzulegen, damit der nächste Dreijahreszyklus der erneuerten Lissabon-Strategie vorbereitet werden kann</li> <li>• ER unterstreicht die Bedeutung des <b>Austausches bewährter Verfahren</b> und ruft zu einer verstärkten <b>Zusammenarbeit zwischen den Lissabon-Koordinatoren</b> auf</li> <li>• <b>Verbesserung der Kommunikation</b>; stärkere Identifizierung der Stakeholder mit Zielen der Lissabon-</li> </ul>	<p>neben zahlreichen nicht quantifizierten Zielformulierungen, folgende konkret quantifizierte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betonung der Wichtigkeit des <b>3%-F&amp;E-Ziels</b></li> <li>• <b>25%-ige Verringerung</b> des durch EU-Rechtsvorschriften verursachten <b>Verwaltungsaufwandes</b> bis 2012; ER empfiehlt MS unter Berücksichtigung nationaler Spezifika sich ähnlich ehrgeizige Ziele bis 2008 zu setzen</li> <li>• <b>bis 2020</b>: 20% Reduzierung von Treibhausgasen; 20% Steigerung</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>- Stärkung von Innovation, Forschung und Bildung</li> <li>- Förderung der Beschäftigung sowie Modernisierung und Ausbau des europäischen Sozialmodells</li> <li>• <b>Bessere Rechtssetzung</b></li> <li>• <b>Integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik</b></li> </ul>	Strategie; zentrale <b>Rolle der Sozialpartner</b>	der Energieeffizienz; 20% Anteil von erneuerbaren Energien am EU-Gesamte Energiemix; 10%-iger Mindestanteil von Biokraftstoffen am gesamten verkehrsbedingten Benzin- und Dieselseverbrauch
--	---	--	---



## In der Reihe Working Papers erschienen:

*Wolfgang Nitsche (2007)*. Die Europäische Investitionsbank in der EU und in Drittstaaten: Wirtschaftspolitische Einschätzung und Strategieoptionen. Working Paper 5/2007.

*Philip Schweizer (2007)*. Koordinierung der Unternehmensbesteuerung in der EU. Working Paper 4/2007.

*Wolfgang P.E. Müller (2007)*. Rolle der Regionalbanken am Beispiel der Afrikanischen Entwicklungsbank. Working Paper 3/2007.

*Kurt Bayer (2007)*. How to Run the Global Economy. A Framework for More Effective, Representative and Equitable Global Economic Governance. Working Paper 2/2007.

*Thomas Micholitsch (2007)*. Facing the Challenge of a Low Carbon Economy in Austria. Working Paper 1/2007.

*Veronika Meszarits, Florian Wukovitsch (2006)*. A new budget for the EU. The negotiations on the financial framework 2007-2013 from a member state and presidency perspective. Working Paper 9/2006.

*Franz Rabitsch (2006)*. Die IWF Quotendiskussion – Ein Überblick. Working Paper 8/2006.

*Manuel Schuster (2006)*. Lateinamerika: ein Exportmarkt für die EU? Ein Vergleich mit den USA. Working Paper 7/2006.

*Wolfgang Nitsche (2006)*. Die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit Drittstaaten: Rahmenbedingungen, Abläufe und Reformvorschläge. Working Paper 6/2006.

*Peter Part (2006)*. AUSTRIA: Pension Projects 2004 – 2050, Austrian Contribution to the EU Ageing Report by the Economic Policy Committee and the European Commission. Working Paper 5/2006.

*Harald Stieber (2006)*. Exogenous determinants of Austrian economic growth. Working Paper 4/2006.

*Kurt Bayer (2006)*. Europe and Asia in the Macroeconomics of Globalisation. Working Paper 3/2006.

*Arnd Einhaus, Edith Kitzmantel, Anton Rainer (2006)*. Ist die Einkommensbesteuerung geschlechtsneutral? Working Paper 2/2006.

*Kurt Bayer (2006)*. Growth and Employment through Innovation. Working Paper 1/2006.

*Ulrike Mandl (2005)*. Stand und Entwicklung ausgewählter Bereiche der wissensbasierten Wirtschaft in Österreich. Working Paper 5/2005.

*Nikolaus Fink, Alfred Katterl, Manuel Schuster (2005)*. Wirtschaftspolitik und Dynamik der Wirtschaftssektoren in Österreich 1995 – 2003. Working Paper 4/2005.

*Ulrike Mandl, Karin Schönpflug (2005)*. Steigerung des Wirtschaftswachstums durch F&E und Humankapital. Working Paper 3/2005.

*Peter Part, Karin Schönpflug (2005)*. Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktreformen. Working Paper 2/2005.

*Brandner Peter, Frisch Helmut, Grossmann Bernhard, Hauth Eva (2005)*. Eine Schuldenbremse für Österreich. Working Paper 1/2005.

*Ertl Birgit (2004)*. Der Kampf gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Working Paper 4/2004.

*Vitzthum Elisabeth (2004)*. Reformvorschläge für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Welthandelsorganisation und Internationalen Finanzinstitutionen. Working Paper 3/2004.

*Burgstaller Markus, Stieber Harald (2004)*. Ausgabenquoten im internationalen Vergleich: Behindern hohe Quoten die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates? Working Paper 2/2004.

*Vondra Klaus, Weiser Harald (2004)*. Basel II: Was wirklich hinter der Asset Return Correlation und ihren Auswirkungen auf die Prozyklizität steckt. Working Paper 1/2004.

*Katterl Alfred, Part Peter, Stieber Harald (2003)*. Die neuen Haushaltsregeln der EU für die Überprüfung der Stabilitätsziele. Working Paper 5/2003.

- Mandl Ulrike (2003)*. European policy making. Die offene Methode der Koordinierung als Alternative zur Gemeinschaftsmethode?  
Working Paper 4/2003.
- Corrales-Díez Natalia (2003)*. Die EU Außenvertretung im Internationalen Währungsfonds (Deutsch/Englisch). Working Paper 3/2003.
- Bayer Kurt (2003)*. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert – Die Rolle der Weltbank.  
Working Paper 2/2003.
- Part Peter (2003)*. Real exchange rate developments in the accession countries.  
Working Paper 1/2003.
- Part Peter (2002)*. Finanzielle Auswirkungen der Bevölkerungsalterung.  
Working Paper 8/2002.
- Bauer Bernhard (2002)*. Kleine und mittlere Unternehmen: Übersicht über Bedeutung, bereits getroffene und mögliche weitere Maßnahmen auf EU-Ebene und in Österreich (Materialiensammlung).  
Working Paper 7/2002.
- Tzanoukakis Kira (2002)*. Die Verfahren zur Sicherung der Konvergenz in der Europäischen Union.  
Working Paper 6/2002.
- Rabitsch Franz (2002)*. Die österreichischen Wachstumssprognosen 1978 bis 1999.  
Working Paper 5/2002.
- Karlinger Liliane (2002)*. An Equilibrium Analysis of International Fiscal Transfers as Insurance against Asymmetric Shocks.  
Working Paper 4/2002.
- Morawek Roman (2002)*. Reale Konvergenz im Euroraum mit besonderer Berücksichtigung der EU-Osterweiterung.  
Working Paper 3/2002.
- Hauner David (2002)*. The Euro, the Dollar, and the International Monetary System.  
Working Paper 2/2002.
- Traxler Christian (2002)*. Verteilungspolitische Aspekte von Kapitalsteuerwettbewerb.  
Working Paper 1/2002.
- Kutos Paul (2001)*. Euro exchange rate policy: Institutions and procedures.  
Working Paper 8/2001.
- Part Peter, Stefanits Hans (2001)*. Austria: Public Pension Projections 2000 - 2050.  
Working Paper 7/2001.
- Katterl Alfred (2001)*. Renditen der Universitätsausbildung.  
Working Paper 6/2001.
- Burger Christina (2001)*. Strukturindikatoren.  
Working Paper 5/2001.
- Moser Erhard (2001)*. Das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell. Stand der Umsetzung ein Jahr nach Lissabon.  
Working Paper 4/2001.
- Nitsche Wolfgang (2001)*. EU-Erweiterung: Budgetäre Auswirkungen wirtschaftlicher Anpassungsszenarien.  
Working Paper 3/2001.
- Nitsche Wolfgang (2001)*. Österreich im neuen Europa. Überblick über die Argumente zur EU-Erweiterung.  
Working Paper 2/2001.
- Part Sigrid (2001)*. Der Vertrag von Nizza: Ein Wegweiser für die Europäische Integration.  
Working Paper 1/2001.
- Part Peter (2000)*. Entwicklung der Definition für das mittelfristige Budgetziel in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen.  
Working Paper 8/2000.
- Pregesbauer Andreas (2000)*. Österreichischer Finanz- und Kapitalmarkt in der WWU.  
Working Paper 7/2000.
- Wieser Robert (2000)*. Österreichische Strukturpolitik in der WWU.  
Working Paper 6/2000.
- Part Peter (2000)*. Österreichische Budgetpolitik in der WWU.  
Working Paper 5/2000.
- Bayer Kurt, Katterl Alfred, Kutos Paul, Part Peter, Pregesbauer Andreas, Wieser Robert (2000)*. Aktuelle Herausforderungen für die österreichische Wirtschaftspolitik in der WWU.  
Working Paper 4/2000.
- Rainer Anton (2000)*. Indexprobleme der realen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Verzerrungen bei Prognosen und Analysen.  
Working Paper 3/2000. vergriffen



*Wieser Robert (2000)*. Regulatoren in Netzwerkindustrien. Eine polit-ökonomische Synthese.  
Working Paper 2/2000. vergriffen

*Katterl Alfred, Part Peter (2000)*. Koordination der Wirtschaftspolitik in der EU.  
Working Paper 1/2000. vergriffen

*Felbermayr Gabriel J. (1999)*. The Political Economy of Financial Crises.  
Working Paper 6/1999.

*Saghy Hannes M., Fürstaller Katharina, Fuchs Franz (1999)*. Die neue Bedeutung der Einkommenspolitik als nationales Politikfeld im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.  
Working Paper 5/1999.

*Pregesbauer Andreas (1999)*. Transmissionsmechanismen der Geldpolitik.  
Working Paper 4/1999.

*Nitsche Wolfgang (1999)*. Kosovo-Krise und Wiederaufbau.  
Working Paper 3/1999.

*Herbeck Gabriele (1999)*. Kostennutzenanalyse in der EU.  
Working Paper 2/1999. vergriffen

*Bayer Kurt (1999)*. Der OECD-Wirtschaftsbericht über Österreich 1999.  
Working Paper 1/1999.

*Part Peter (1998)*. Öffentliche Finanzen in der Europäischen Union.  
Working Paper 3/1998.

*Schuh Andreas-Ulrich (1998)*. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit aus österreichischer und europäischer Sicht.  
Working Paper 2/1998.

*Bayer Kurt, Katterl Alfred, Wieser Thomas (1998)*. Economic policy in EMU. National Necessities and Coordination Requirements.  
Working Paper 1/1998. vergriffen

**Impressum:**

Herausgeber, Eigentümer und Verleger:  
Bundesministerium für Finanzen, Abteilung I/21  
Personalentwicklung und Mitarbeiterkommunikation,  
Hintere Zollamtsstraße 2b, A-1030 Wien

Grafische Gestaltung und Druck:  
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen  
Wien, Oktober 2007

[www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at)